

Silke Fengler

„Arisierungen“ in der Aachener Textilindustrie (1933–1942)

Die vorliegende Mikrostudie untersucht den „Arisierungsprozess“ in der Aachener Textilindustrie zwischen 1933 und 1942 vor dem branchenspezifischen Hintergrund jener Zeit. Die fortgesetzte Struktur- und Konjunkturkrise, unter der die Aachener Tuchindustrie in den 1930er Jahren litt, traf jüdische wie nichtjüdische Textilunternehmen gleichermaßen. Der wachsende politische Druck machte es für Juden seit Ende 1937 immer schwieriger, als Unternehmer tätig zu sein. Die Studie zeichnet die sich verschärfende Lage der jüdischen Textilfabrikanten in Aachen und deren schwindende Verhandlungspositionen nach. Umgekehrt zeigt eine Analyse der Motivlage der „Arisierer“, dass diese handfeste unternehmerische Eigeninteressen verfolgten.

I Die Lage der Aachener Textilindustrie nach dem Ersten Weltkrieg bis in die 1930er Jahre

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnte die traditionsreiche Aachener Tuchindustrie ihre Wettbewerbsposition durch die intensive Nutzung ausländischen Know-hows und Kapitals erfolgreich ausbauen. Dieser Entwicklungsvorsprung ging in der Folgezeit Schritt für Schritt wieder verloren. Die Konkurrenz aus dem Ausland wuchs, nicht immer gelang eine Anpassung an die Veränderungen der Massennachfrage. Auch die Sättigungsgrenzen der kaufkräftigen Schichten, die Hauptabnehmer der hochwertigen Aachener Tuche waren, bereiteten der lokalen Textilindustrie bereits vor dem Ersten Weltkrieg Absatzprobleme. Die Folgewirkungen des Krieges trafen den Wirtschaftsraum Aachen infolge seiner Grenzlage hart. Mit der Abtretung von Eupen und Malmedy an Belgien ging ein wichtiger Beschaffungs- und Absatzmarkt verloren. In der Zeit der Rheinlandbesetzung und während des Ruhrkampfes 1923 rückten auch die innerdeutschen Absatzgebiete in weite Ferne. Hinzu kamen die Folgen der Hyperinflation mit einer sich zuspitzenden Kreditnot. Speziell die Textilindustrie litt aufgrund ihrer ausgeprägten Exportorientierung und Rohstoffabhängigkeit vom Ausland schwer unter den Kriegsfolgen.

Die nun offen zutage tretende Strukturkrise wurde durch die allgemeine wirtschaftliche Rezession weiter verschärft und mündete Mitte der 1920er Jahre in einem bis dahin unbekannten wirtschaftlichen Niedergang. 45,6% der Webstühle und 43,4% der Spindeln in der Aachener Tuchindustrie standen im April 1926 still.¹ 1926 hatte sich die Zahl der Beschäftigten gegen-

¹ Gertrud Startz, Die Arbeiterschaft der Aachener Textilindustrie, Berlin 1930, S. 13.

über der Vorkriegszeit fast halbiert (1913: 12.338 Personen; 1926: 7.181 Personen).² Das relativ hohe Lohnkostenniveau minderte die Wettbewerbsfähigkeit der Aachener Textilindustrie und verschärfte die strukturelle Krise.³ Neben der starken Konkurrenz durch englische Tuche konkurrierte die Aachener Tuchindustrie auf den Inlandsmärkten mit den Standorten Bergisches Land, Guben, Cottbus und z.T. den sächsisch-thüringischen Webereien.⁴ Die mittelständischen Textilunternehmer versuchten durch eine Ausweitung der vertikalen und horizontalen Konzentration den schwierigen Marktbedingungen zu begegnen, meist mit geringem Erfolg.⁵ Der anhaltende Konkurrenzdruck führte im Gegenteil dazu, dass der Preisverfall bei Halb- und Fertigfabrikaten die sinkenden Rohstoffpreise überkompensierte. So kam die Branche, wie auch die gesamte Region Aachen, während der vermeintlich Goldenen Zwanziger aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht heraus. Allerdings konnten die lokalen Textilunternehmer die zeitweise Belebung der Inlandsnachfrage und die langsame Zunahme von Auslandsaufträgen im Zuge der konjunkturellen Erholung 1926 bis 1928 nutzen, um die vor Kriegsbeginn bereits begonnene Spezialisierung auf qualitativ hochwertige Kammgarn-Herrentuche auszubauen.⁶ Doch obwohl die Beschäftigung in der Aachener Textilindustrie zwischen 1925 und 1928 insgesamt um fast 20% anstieg, lagen große Teile der lokalen Produktionskapazitäten noch immer brach.⁷

Die Weltwirtschaftskrise machte Hoffnungen auf eine dauerhafte wirtschaftliche Erholung zunichte. In der Aachener Textilindustrie war der Rückgang der Beschäftigung und die mangelhafte Auslastung der Maschinen besonders ausgeprägt. Eine Reihe von Tuchfabriken mit einer Belegschaft von insgesamt 3.400 Textilarbeitern ging zu jener Zeit bankrott.⁸ In dem Maße, wie Kurzarbeit, Entlassungen und Lohnsenkungen die Kaufkraft der Bevölkerung reduzierten, sank die Nachfrage nach Textilien. 1932, als die Textilkonjunktur ihren absoluten Tiefstand erreichte, notierte der Geschäftsbericht der IHK Aachen: „Die wirtschaftliche Krise des Berichtsjahres hat sich auf die immer sehr konjunkturrempfindliche Tuchindustrie besonders scharf ausgewirkt. Die gute und beste Herrenstoffe herstellenden Fabriken wurden besonders stark

² Ebd., S. 18.

³ Vgl. Hans Ernst Adams, *Bezirkstarif oder Branchentarif*, Diss. Köln 1933, S. 40, S. 56 u. S. VIII.

⁴ Mit 4.600 Wollwebstühlen (von 13.400 insgesamt in der deutschen Feintuchindustrie) lag Aachen weit vor den übrigen Produktionsstandorten des Reiches. Nach statistischen Erhebungen des Fabrikanten-Vereins zu Forst (Lausitz) E.V. vom Jahre 1928, zit. bei Klaus Maus, *Die Marktprobleme der deutschen Feintuchindustrie*, Diss. Emsdetten 1936, S.5.

⁵ Als Beispiel für eine misslungene vertikale Integration dient die Gründung der Toga, Vereinigte Weberei A.G. im Jahre 1928, der auch zwei Betriebe in Aachen angehörten. Die beiden in Aachen sehr bedeutenden Firmen C. Delius und Johann Erckens Söhne GmbH beschäftigten allein 1.400 Arbeitnehmer. Die Toga wurde bereits 1932 wieder aufgelöst. Vgl. Clemens Bruckner, *Aachen und seine Tuchindustrie*, Horb a.N. 1949, S. 70.

⁶ Vgl. ebd., S. 69.

⁷ Im März 1928 waren 14,5% der Webstühle und 17,7% der Spindeln in der Aachener Textilindustrie nicht in Betrieb. Vgl. Startz, *Arbeiderschaft*, S. 23.

⁸ Arbeitsamt Aachen, *Die Wirtschaftsstruktur im Arbeitsamtsbezirk Aachen nach dem Stande vom Januar 1935*, S. 46.

dadurch in Mitleidenschaft gezogen, dass der allgemeine Rückgang des Absatzes in der Hauptsache Herrenstoffe betraf, während Damenstoffe von der Krise weniger erfaßt wurden. Bei den Herrenstoffen litt gerade der Absatz von hochwertiger Ware infolge der allgemeinen Verarmung am meisten.⁹ Auch der Export in die angestammten Abnehmerländer Skandinaviens sowie nach Großbritannien und Belgien ging zu Beginn der 1930er Jahre drastisch zurück. Die Folgen für Produktion und Beschäftigung waren verheerend: zum Stichtag 1. März 1933 hatte die Beschäftigung im Textilsektor Aachens mit nur noch 5.602 Textilarbeitern schließlich einen Rekordtiefstand erreicht (1. Januar 1929: 11.289 Arbeiter).¹⁰ Die verbliebenen Belegschaften leisteten Kurzarbeit, was bei einzelnen Berufsgruppen zu Arbeitszeiten von lediglich 24 Wochenstunden führte.¹¹

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der gesamten deutschen Textilindustrie nahmen mit dem Ausbruch der Währungs- und Finanzkrise im Frühjahr 1931 eine neue Dimension an.¹² Angesichts der sich zuspitzenden Devisenknappheit ging die Regierung Brüning schrittweise zur Kontingentierung vorhandener Währungsreserven über. Die Textilbranche war von den Bewirtschaftungsmaßnahmen massiv betroffen, stellte sie aufgrund ihrer Abhängigkeit von ausländischen Rohstoffen doch eine spürbare Belastung für die Devisenbilanz dar.¹³ Schon in der Endphase der Weimarer Republik war daher eine Begrenzung textiler Rohstoffimporte unumgänglich. Preis- und Mengenlenkungen für Textilerzeugnisse, die Forcierung der Ersatzstoffproduktion sowie staatliche Kontrollen unternehmerischer Investitionen waren hingegen Teil der nationalsozialistischen Rüstungs- und Autarkiepolitik. Devisen wurden zunehmend in rüstungsrelevante Industriezweige umgeleitet; bei der Zuteilung hatten lediglich diejenigen Textilfirmen Vorrang, die Waren für den Export herstellten. Trotz wachsender Konsumnachfrage im Inland gingen die Rohstoffzuteilungen für die Textilindustrie insgesamt zurück. Dies hatte im Fall Aachens derartige Engpässe zur Folge, dass die Mehrzahl der Betriebe Kurzarbeit anmelden oder weitere Entlassungen vornehmen musste.¹⁴ Die unter Rohstoffmangel leiden-

⁹ Geschäfts- und Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer für den Regierungsbezirk Aachen zu Aachen für 1932, Aachen 1933, S. 20.

¹⁰ Arbeitsamt Aachen, Wirtschaftsstruktur, S. 38, 40. Die Situation in der gesamten deutschen Textilindustrie war 1933 kaum besser. So betrug die Zahl der beschäftigten Textilarbeiter, gemessen an der vorhandenen Arbeitsplatzkapazität, im März durchschnittlich 60,8%, die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden lag zum selben Zeitpunkt bei 51,8% der gesamten Arbeitsstundenkapazität. Vgl. Ernst Wagemann, Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, Berlin 1935, S. 281.

¹¹ Bruckner, Tuchindustrie, S. 70.

¹² Einen guten Überblick über die Entwicklung der deutschen Textilindustrie in den Jahren 1930 bis 1945 gibt Stefan Lindner, Den Faden verloren: Die westdeutsche und die französische Textilindustrie auf dem Rückzug (1930/45–1990), München 2001, S. 29 – 39, sowie jüngst Gerd Höschle, Die deutsche Textilindustrie zwischen 1933 und 1939: Staatsinterventionismus und ökonomische Rationalität, Stuttgart 2004.

¹³ Vgl. Carl Ludwig Schmitz, Die Umlagerungsmöglichkeiten der deutschen Textilindustrie auf heimische Rohstoffe, Diss. Köln 1935, S. 57.

¹⁴ Vgl. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (im folgenden: HStAD) PB 1075. Die dramatische Lage spiegelt sich in den Zahlen zum Jahreswechsel 1936/37 wider: nur 10% aller Weber arbeiteten mit der normalen Wochenarbeitszeit von 48 Stunden, 59% arbeiteten 30 Wochenstunden, 31% sogar nur 24 Wochenstunden.

den Firmen verloren zum Teil sogar lukrative Aufträge, weil sie infolge des schwerfälligen Zuteilungssystems die vereinbarten Lieferfristen nicht einhalten konnten. Auch erhielt die Aachener Textilindustrie bis 1936 kaum öffentliche Aufträge, die die lokale Konjunktur hätten stützen können.¹⁵

II Vom Boykott zur forcierten „Arisierung“ – Der Versuch jüdischer Textilunternehmer, sich unter erschwerten Bedingungen zu behaupten (1933 – 1938)

Die vorliegende Untersuchung basiert auf einem Sample von 20 „arisierten“ Textilunternehmen, darunter 16 Tuchfabriken, zwei Herrenkleiderfabriken, eine Reißwollfabrik sowie eine Streichgarnspinnerei. Die jüdischen Unternehmen bildeten eine – wenn auch recht bedeutende – Minderheit innerhalb der Aachener Textilunternehmerschaft.¹⁶

Tabelle: Jüdische Textilfabriken im Stadtkreis Aachen (Stand: Frühjahr 1937)

Jüdische Firma	Gründungsjahr	Rechtsform	Branche
Grüneberg & Cie. i.L.	nicht bekannt	Einzelgesellschaft	Tuchfabrik
Meyerfeld & Herz	1897	KG	Tuchfabrik
Herz & Haymann	1890	KG	Tuchfabrik
Marx & Auerbach	1828	OHG	Tuchfabrik
Struch & Guttentag	1894	OHG	Tuchfabrik
F. & M. Meyer	1867	KG	Tuchfabrik
Carl Heinemann Nachf.	1887	OHG	Tuchfabrik
Neuwerk W.E.Schlapp & Co.	1882	KG	Tuchfabrik
Katz & Langstadt	1881	Einzelgesellschaft	Tuchfabrik
Spittel & Franken	1871	OHG	Tuchfabrik
B.Th. Vonachten Nachf.	1888	Einzelgesellschaft	Tuchfabrik
Aachener Kammgarn-Feintuch			
KG Jacobi & Co.	nicht bekannt	Einzelgesellschaft	Tuchfabrik
E. Stern & Co.	1861	OHG	Tuchfabrik
Gebr. Hirtz	1868	OHG	Tuchfabrik
Jos. Königsberger	1886	KG	Tuchfabrik
Frank & Sonntag	1928	Einzelgesellschaft	Tuchfabrik
Ludwig Montanus & Co.	nicht bekannt	Einzelgesellschaft	Herrenkleiderfabrik
Moritz Pintus	nicht bekannt	OHG	Herrenkleiderfabrik
Siegmund Berg	1908	Einzelgesellschaft	Reißwoll- u. Wattefabrik
Schönbrunn & Peters	1888	Einzelgesellschaft	Streichgarnspinnerei

Strukturell unterschieden sie sich nicht grundlegend von den lokalen Branchenverhältnissen. Die Tuchfabrik Königsberger stellte mit 511 Beschäftigten, 250 Webstühlen und 5000 Zwirnspindeln sowie einem jährlichen Umsatz von bis zu 10 Mill. RM in der Branche eine Aus-

¹⁵ Vgl. HStAD PB 1025, Lagebericht für den Monat November 1934 sowie HStAD PB 1033, Lagebericht für den Monat Oktober 1935. Dass die Aachener Textilindustrie allein aufgrund ihrer verzögerten und in Industriekreisen angeblich berichtigten Auftragsbearbeitung von vorneherein bei der Ausschreibung öffentlicher Aufträge nicht berücksichtigt wurde, wie Gasten behauptet, lässt sich anhand der verwendeten Quellen nicht bestätigen. Vgl. Elmar Gasten, Aachen in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, Frankfurt am Main u.a. 1993, S. 253. Die Ursache für die anfangs geringe Beteiligung an Rüstungsaufträgen lag eher in der strukturellen Schwäche der lokalen Tuchindustrie. Diese bestand zum einen in der verzögerten Umstellung des Produktionsprogramms auf Streichgarne für die Heerestuchproduktion. Hinzu kam, dass die Preise der Aachener Tuchfabrikanten lohnkostenbedingt gegenüber anderen Regionen nicht konkurrenzfähig waren: „Der Aachener Bezirk liegt mit 70 Rpfg. für die Webestunde weitaus an der Spitze gegenüber dem Weblohn von 50 Rpfg. in der Lausitz und 37,5 Rpfg. in den norddeutschen Behördentuch-Plätzen.“ HStAD PB 1037-1038, Lagebericht für den Monat März 1936. Vgl. auch HStAD PB 1065, Schreiben der Bezirksausgleichsstelle Rheinland an die Reichsausgleichsstelle Berlin vom 9.12.1936. Demgegenüber dürfte die Grenznähe der Aachener Industrie, die eine Beteiligung am Rüstungsprogramm aus wehrstrategischen Gründen ausschloss, für den Textilbereich nicht ausschlaggebend gewesen sein. Vgl. HStAD PB 1064, Bericht des Regierungspräsidenten in Aachen an den Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Koblenz betr. Schädigung der Industrie des Reg.Bez. durch die Grenzlage, undatiert (1936).

¹⁶ Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Textilbetriebe Aachens lag zu Beginn des Jahres 1938 bei 20%, der Anteil an den Streichgarnspinnereien bei 11%. Auffallend ist die relative Häufung jüdischer Betriebe im Bereich Konfektion, wo zwei von vier Herrenkleiderfabriken jüdische Inhaber hatten. Angaben über die Gesamtzahl der Aachener Textilbetriebe basieren auf Auswertung von: Aachener Adreßbuch (August Scherl Nachf.), Ausgaben 1927-1942; Adreßbuch der gesamten Textilindustrie Deutschlands. Bd. I: Spinnereien, Webereien, u.a., hrsg. von der Fachgruppe Textilindustrie des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, 6. Aufl., Leipzig 1930; Adreßbuch der Wollen- und Baumwollen-Industrie Europas. Bd. I: Großdeutschland, 12. Aufl., o.O. 1939. Gezählt wurden alle Textilbetriebe der Branchen Weberei (sog. Tuchfabriken), Streichgarnspinnerei, und sonstige (Reiß- und Kunstwollfabriken, Filz- und Putztuchfabriken, etc.), die 1933 und/oder 1938 aufgeführt waren. Die Gesamtzahl der Aachener Tuchfabriken ist von 95 (1933) auf 81 (1938), die der Streichgarnspinnereien von 12 (1933) auf 9 (1938) zurückgegangen, sonstige Textilfabriken gab es in beiden Jahren jeweils sechs. Die Zahl jüdischer Textilbetriebe wurde rekonstruiert anhand HStAD BR 1050/905, Bl. 115-120, Nachweisung des Regierungspräsidenten über Betriebe im Regierungsbezirk Aachen mit einem Betriebsvermögen von mehr als 20.000 RM, die mehr als 20 Gefolgschaftsmitglieder haben und deren Betriebsführer Juden sind, vom 22.7.1938; HStAD BR 1050/1070, Bl. 2-20, Nachweisung über das Vermögen der Juden in der Stadt Aachen, soweit sie die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, vom 12.11.1938. Ergänzend herangezogen wurde HStAD BR 1050/705, Bl. 1-12, Verzeichnis der Regierung Aachen, betr. die abgemeldeten bzw. „arisierten“ Firmen jüdischer Eigentümer und Inhaber in der Stadt Aachen (1938-1942), masch. Abschrift.

¹⁷ Adreßbuch der Wollen- und Baumwollen-Industrie. Angaben über den durchschnittlichen Jahresumsatz der Firma Königsberger liegen je nach Quelle zwischen „mehr als 10.000.000 RM“, HStAD LA 1/28/1030, Bd. I, Aussage Sekretärin der Familie Königsberger gegenüber Zentralamt für Vermögensverwaltung Bad Nenndorf vom 30.9.1948 und „ca. 4 Mill.“, HStAD BR 1050/905, Bl. 139, Schreiben Regierungspräsident Aachen an Oberfinanzpräsidium Köln vom 10.1.1939.

nahme dar.¹⁷ Bei der Mehrzahl der jüdischen Unternehmen handelte es sich um mittelständische Industriebetriebe, die durchschnittlich zwischen 60 und 300 Arbeitern beschäftigten.¹⁸ Die Produktionskapazitäten lagen zwischen 200 und 280 Spindeln bzw. 20 und 280 Webstühlen.¹⁹ 13 der 20 Firmen waren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegründet worden, wobei die jüdischen Unternehmer oft aus bescheidenen Anfängen aufstiegen. Lediglich die Firma Frank & Sonntag war eine Nachkriegsgründung (1928).

Bereits in den ersten Monaten nach der Machtübernahme Hitlers überzog der nationalsozialistische „Maßnahmenstaat“²⁰, gestützt auf die scheinlegale Basis von Notverordnungen (sog. Reichstagsbrandgesetz vom 28.2.1933) und dem Ermächtigungsgesetz (23.3.1933), die jüdische Bevölkerung mit einer Vielzahl diskriminierender Bestimmungen und Verordnungen.²¹ Obwohl bis Anfang 1938 ein gewisses Auf und Ab in der NS-Judenpolitik zu beobachten war, hielten die obersten Wirtschaftsbehörden auf Reichsebene lange Zeit an der offiziellen wirtschaftspolitischen Linie fest, jüdische Unternehmer in Industrie und Großhandel mit Blick auf ihre Funktion als Devisenbringer und Arbeitgeber zu schonen. Diese Position vertrat anfangs auch Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht. Da in der Industrie ein erhöhter Druck von der Straße ohnehin kaum Wirkung zeigte, verlagerte sich die Diskriminierung auf einen stillen Boykott, der in der Hauptsache über die Zurücksetzung jüdischer Firmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erfolgte. Die Regierung Aachen ließ in der Frage der öffentlichen Auftragsvergabe offenbar einen gewissen wirtschaftspolitischen Pragmatismus walten: „Die jüdischen Firmen waren vorerst von der Herstellung von Lieferungstuchen ausgeschlossen. [...] Um den Textilarbeitern in jüdischen Firmen den Arbeitsplatz zu erhalten, hat der Staat einigen, der Streichgarngemeinschaft angeschlossenen jüdischen Tuchfabriken probeweise Aufträge von Lieferungstuchen gegeben.“²² Dementsprechend ist in einer Aufstellung derjenigen Aachener Tuchfabriken, die 1936 Aufträge der Luftwaffe erhalten haben, unter 15 Firmen eine jüdische, die Tuchfabrik F. & M. Meyer, zu finden.²³

Die Phase von Mitte 1933 bis zum Herbst 1937 erscheint bei oberflächlicher Betrachtung als Schonzeit, in der jüdische Unternehmer des gewerblichen Mittelstandes einigermaßen unbe-

¹⁸ 1927 hatten 86% aller Aachener Textilbetriebe weniger als 200 Beschäftigte, die Mehrzahl der Betriebe beschäftigte bis zu 50 Arbeiter. Lediglich neun Textilunternehmen hatten eine Belegschaft von mehr als 300 Beschäftigten. Vgl. Startz, Arbeiterschaft, S. 16f.

¹⁹ Dies entsprach in etwa der Größe und Kapazität der nichtjüdischen Aachener Tuchfabriken, von denen die kleinste (Tuchfabrik Leo Führen) 55 Personen an 25 Webstühlen beschäftigte, die größte (Tuchfabrik Aachen, vorm. Süskind & Sternau) hingegen 650 Personen mit einer Kapazität von 4.400 Spindeln und 425 Webstühlen. Vgl. Aachener Adreßbuch, verschiedene Jahrgänge.

²⁰ Der Ausdruck wurde geprägt von Ernst Fraenkel, *The Dual State*, New York 1941, S. 84-96 und passim.

²¹ Siehe die Auflistung bei Joseph Walk (Hg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat: Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien. Inhalt und Bedeutung*, Heidelberg² 1996.

²² Arbeitsamt Aachen, Wirtschaftsstruktur, S. 47.

²³ HStAD PB 1065.

hellt ihrer wirtschaftlichen Betätigung nachgehen konnten.²⁴ Zwar blieben selbst in der Folge der Nürnberger Gesetze von 1935 die erwarteten und auch angekündigten gesetzlichen Beschränkungen zunächst aus, im Stillen setzte sich der Prozess der wirtschaftlichen Verdrängung aber unerbittlich fort. Der Rückgang jüdischer Textilunternehmen in diesem Zeitraum lässt sich für Aachen nicht quantifizieren, doch dürften überwiegend kleine und Kleinstbetriebe unter dem Druck der schwierigen Wirtschaftslage aufgegeben oder „arisiert“ worden sein. Die Mehrzahl der jüdischen Textilunternehmer in Aachen versuchte trotz erschwelter Bedingungen unter allen Umständen ihren Betrieb weiterzuführen. Viele verlegten ihre Produktion auf Kammgarnneuheiten²⁵ und bewiesen offenbar auch in der Anpassung an die herrschenden Modeströmungen ein bemerkenswertes Geschick: „[...] nur durch die Zugkraft der Kollektionen war ein Geschäft zu machen, und es waren die Ideen meines Mannes [des Gesellschafters der Tuchfabrik Marx & Auerbach bis zu seinem freiwilligen Ausscheiden 1937, S.F.], die den Musterungen der Firma Marx & Auerbach eine ganz bestimmte Note gaben und das Aufblühen

²⁴ Vgl. Uwe D. Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf²1972, S. 359. Die einzelnen Stufen der Verdrängung sind erstmals bei Genschel detailliert beschrieben worden. Vgl. Helmut Genschel, *Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich*, Göttingen 1966, S. 136ff. Vgl. dagegen das Drei-Phasen-Modell von Avraham Barkai, *Vom Boykott zur „Entjudung“: Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933-1943*, Frankfurt am Main 1988, S. 74f. Anders als Genschel, der den Anteil „arisierter“ Geschäfte bis Herbst 1937 auf weniger als 25%, den in der Industrie noch erheblich geringer einschätzt, geht Barkai davon aus, dass im Frühjahr 1938 bereits 60 bis 70% der 1933 vorhandenen jüdischen Betriebe „arisiert“ worden waren. Vgl. Avraham Barkai, „Schicksalsjahr 1938“: Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden, in: Walter H. Pehle (Hg.), *Der Judenpogrom 1938: Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord*, Frankfurt am Main 1988, S. 96. Eine Vielzahl von Lokalstudien belegen die Vieltätigkeit der regionalen „Arisierungspraxis“ und verweisen auf den Zusammenhang zwischen der Größe des Ortes und dem „Arisierungs“- und Liquidierungstempo. In kleineren Städten war der Druck stärker als in Großstädten, da es hier weniger Rückzugsmöglichkeiten gab. In Marburg waren bis Ende 1937 69% aller jüdischen Gewerbebetriebe „arisiert“ oder liquidiert worden, in Göttingen 55%, in Bochum 50% und in Heidelberg 41%. In München und Hamburg war die „Arisierungsrate“ mit 25% dagegen relativ niedrig. Vgl. Barbara Händler-Lachmann, *Thomas Werther, Vergessene Geschäfte-verlorene Geschichte. Jüdisches Wirtschaftsleben in Marburg und seine Vernichtung im Nationalsozialismus*, Marburg 1992, S. 129; Axel Bruns-Wüstefeld, *Lohnende Geschäfte. Die „Entjudung“ der Wirtschaft am Beispiel Göttingens*, Hannover 1997, S. 112; Gerhard Kratzsch, *Der Gauwirtschaftsapparat der NSDAP. Menschenführung-„Arisierung“-Wehrwirtschaft im Gau Westfalen-Süd. Eine Studie zur Herrschaftspraxis im totalitären Staat*, Münster 1989, S. 166; Arno Weckbecker, *Die Judenverfolgung in Heidelberg 1933-1945*, Heidelberg 1985, S. 117, 123, 250-257; Frank Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933-1945, Hamburg²1998, S. 133f.; Marian Rapp, „Arisierungen“ in München, Die Verdrängung der jüdischen Gewerbetreibenden aus dem Wirtschaftsleben der Stadt 1933-1939, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 62 (2000), Heft 1, S. 183. Die Ergebnisse einer Untersuchung zu Bamberg zeigen hingegen, dass verallgemeinernde Aussagen nicht möglich sind. So waren in der eher kleineren Stadt Bamberg bis Ende 1937 lediglich 37% aller jüdischen Gewerbebetriebe „arisiert“ oder liquidiert worden. Vgl. Franz Fichtl, *„Bamberg Wirtschaft Judenfrei“. Die Verdrängung der jüdischen Geschäftsleute in den Jahren 1933 bis 1939*, Bamberg 1998, S. 137-139, 216f.

²⁵ Vgl. Arbeitsamt Aachen, *Wirtschaftsstruktur*, S. 47.

der Firma ermöglichten.“²⁶ In der Tat belegt die Gewinnentwicklung einer Reihe später „arisierter“ Aachener Textilfirmen, dass auch jüdische Unternehmen an dem allgemeinen Wirtschaftsaufschwung seit 1936 teilnahmen.²⁷ Die Firma Spittel & Franken konnte ihre Gewinne innerhalb eines Jahres sogar mehr als verdoppeln.²⁸ Darüber hinaus verstärkten die jüdischen Firmen nach Möglichkeit ihren Export,²⁹ wie aus einem Schreiben der Tuchfabrik Neuwerk an die Fachgruppe Tuch- und Kleiderstoffindustrie hervorgeht: „Dabei leisteten die persönlichen Verbindungen [...] nach Belgien, Holland und England [...], deren ständiger direkter Verkehr stets sehr gepflegt wurde, bedeutende Dienste. Wir glauben, dass das Ansteigen unseres Exportes jedenfalls z.T. darauf zurückzuführen ist.“³⁰

Dass die vermeintliche Schonzeit für jüdische Industrieunternehmen spätestens im Herbst 1937 vorbei war und staatliche Stellen begannen, auf gesetzlichem Wege die „Lösung der Judenfrage“ in der Wirtschaft zu forcieren, kündigte die selektive Kürzung der Rohstoff- und Verarbeitungskontingente Anfang 1938 an³¹; so lasse die Durchführung der genannten Maßnahmen erwarten, „dass künftig im größeren Umfange jüdische Unternehmen in deutsche Hände

²⁶ HStAD LA 1/52/2347, Bd. II, Schreiben zur Zitation im Wiedergutmachungsprozess vor dem Landgericht Aachen, undatiert (1951).

²⁷ Für zehn der 20 untersuchten Unternehmen liegen Angaben zur Gewinnentwicklung vor. Diese beziehen sich in sechs Fällen auf die Jahre 1936 und 1937, in zwei Fällen auf die Jahre 1937 und 1938 und einmal auf 1936, 1937 und 1938.

²⁸ HStAD BR 1050/910, Bl. 115-116.

²⁹ Der Anteil des Exportes der Fa. Königsberger lag vor deren „Arisierung“ im Februar 1939 bei 35% des Gesamtumsatzes. Vgl. HStAD BR 1050/905, Bl. 139, Schreiben Regierungspräsident Aachen an Oberfinanzdirektion Köln vom 10.1.1939. Der Export der Textilindustrie Aachens war Mitte der 1930er Jahre insgesamt gering. Nach Angaben der Bezirksgruppe Aachen-Köln der Wirtschaftsgruppe Textilindustrie lag der Anteil der Exportaufträge am Gesamtauftragsbestand der Aachener Tuchindustrie im Februar 1936 bei 4%, im Oktober 1936 bei 6%. HStAD, PB 1075, Bericht über die Wirtschaftslage vom 10.12.1936.

³⁰ HStAD BR 1050/910, Bl. 136, Schreiben Tuchfabrik Neuwerk W. E. Schlapp & Co. an Bezirksgruppe Rheinland der Fachgruppe Tuch- und Kleiderstoffindustrie Aachen, undatiert (März 1939).

³¹ Dass die Gesetzesflut seit dem Frühjahr 1938 – von Schacht und anderen Mitgliedern der Regierung bereits 1935 als Anwendung und Erweiterung der Nürnberger Rassegesetze auf wirtschaftlichem Gebiet angekündigt – erst mit dreijähriger Verzögerung kam, hatte verschiedene Gründe. Der schwelende Machtkampf zwischen Schacht und Göring war mit der Entlassung Schachts im November 1937 zugunsten Görings entschieden worden. Die dadurch ermöglichte Machtkumulation bei Göring gilt als ein Grund für die Forcierung der „Arisierungspolitik“. Der lange Zeit von der historischen Forschung akzeptierte Mythos von Schachts schützender Hand in der Judenpolitik beruhte auf seiner gelungenen Exkulpationsstrategie vor dem Nürnberger Gerichtshof. Er ist inzwischen weitgehend widerlegt, vgl. Albert Fischer, Hjalmar Schacht und Deutschlands „Judenverfolgung“. Der „Wirtschaftsdiktator“ und die Vertreibung der Juden aus der deutschen Wirtschaft, Köln 1995. Zudem ließen außenpolitische Erfolge des „Dritten Reiches“ eine Rücksichtnahme gegenüber jüdischen Unternehmen aus Furcht vor Sanktionen des Auslands unnötig erscheinen. Die 1935 bevorstehenden Olympischen Spiele mögen ebenso ein retardierendes Element gewesen sein wie die anhaltend prekäre Devisenlage, die einen vorschnellen Verzicht auf Exporterlöse jüdischer Firmen verbot.

übergehen werden.“³² Ausnahmen waren nur dann zulässig, wenn nachweislich der Export geschädigt würde. Nach dem „Anschluss“ Österreichs und der Annexion des Sudetenlandes, die beide über entwickelte Textilindustrien verfügten, stieg der Konkurrenzdruck infolge der knappen Rohstoffzuteilungen. In einem Geheimschreiben vom Dezember 1938 wies das Reichswirtschaftsministerium auf die drohenden Rohstoffengpässe hin: „Die altreichsdeutsche Textilindustrie erfährt durch das Hinzukommen der österreichischen und sudetendeutschen Industrie eine beträchtliche Kapazitätsausweitung. Die gegenwärtige Versorgungslage macht es auf verschiedenen Gebieten der Spinnstoffwirtschaft schwierig, die Industrie ausreichend mit Rohstoffen zu versorgen. Daher scheint es geboten, jüdische Betriebe grundsätzlich still-zulegen [Hervorhebung im Original, S.F.] [...]. Die deutschen Betriebe können die Gefolgschaftsmitglieder bei dem gegenwärtigen Mangel an Facharbeitern in den meisten Fällen übernehmen.“³³ Neben dem Druck von staatlicher Seite verstärkte sich nun auch wieder die antijüdische Propaganda; so verpflichtete die Arbeitsgemeinschaft deutsch-arischer Fabrikanten der Bekleidungsindustrie e.V. (Adefa) ihre Mitglieder bereits im November 1937 darauf, alle Geschäftsbeziehungen zu jüdischen Lieferanten oder Vertretern abubrechen und ihre Waren mit einem speziellen Etikett zu versehen, wonach diese „rein arisch“ produziert seien.³⁴ Die zwei Monate später neu gegründete Arbeitsgemeinschaft der deutschen Unternehmer in der Spinnstoff-, Bekleidungs- und Lederwirtschaft (Adebe) verfolgte die gleichen Ziele.³⁵ Die Flut der ab dem Frühjahr 1938 erlassenen Gesetze und Verordnungen braucht hier nicht im Einzelnen nachgezeichnet werden, zu erwähnen sind lediglich die wichtigsten Maßnahmen. So verbot das Reichswirtschaftsministerium am 1.3.1938 definitiv die Vergabe öffentlicher Aufträge an jüdische Firmen. Damit wurde der herrschenden Geschäftspraxis, jüdische Firmen unter bestimmten Voraussetzungen bei der öffentlichen Auftragsvergabe zu berücksichtigen, ein Riegel vorgeschoben. Die in den Jahren zuvor häufig beobachtbare Strategie jüdischer Unternehmer, durch die Hereinnahme „arischer“ Gesellschafter der eigenen Firma einen rein deutschen Charakter zu geben, wurde mit der Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe vom 21.4.1938 unterbunden.³⁶ Dies bildete den Auftakt zu der bereits vier Tage später erlassenen Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden durch den Reichsbeauftragten für die Durchführung des Vierjahresplans, Göring. In einem geheimen Exposé vom 14.6.1938 über die Juden in der Wirtschaft erläuterte Reich-

³² Zit. bei Jacob Toury, Jüdische Textilunternehmer in Baden-Württemberg 1683 – 1938, Tübingen 1984, S. 251.

³³ Schnellbrief des Reichswirtschaftsministers vom 12.12.1938, zit. bei Toury, Textilunternehmer, S. 259.

³⁴ Vgl. Frank Bajohr, „Arisierung“ als gesellschaftlicher Prozeß, in: Fritz Bauer Institut (Hg.), „Arisierung“ im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2000, S. 15-30, hier S. 24.

³⁵ Vgl. Genschel, Verdrängung, S. 149.

³⁶ Walk, Sonderrecht, S. 222. In der Aachener Textilindustrie ist dies nur in einem Fall nachgewiesen. Am 1.3.1937 trat der „arische“ Schwiegersohn des Geschäftsführers als Teilhaber in die Firma Spittel & Franken ein. Vgl. HStAD BR 1050/910, Bl. 155, Schreiben an Regierungspräsident Aachen vom 24.6.1938. Die mehrfachen Änderungen in der Rechtsform der Firma, bei denen der Schwiegersohn stets nach außen als leitender Gesellschafter in Erscheinung trat, sprechen dafür, dass die Firma durch eine „arische“ Geschäftsleitung eine bessere Verhandlungsposition erhalten sollte.

sinnenminister Frick die Bedeutung der neuen Verordnungen; die „Lösung der Judenfrage auf wirtschaftlichem Gebiet“ sei eingeleitet worden, nachdem bereits auf einer Besprechung vom 29.4.1938 „zur endgültigen Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben, die Umwandlung des jüdischen Vermögens in Deutschland in Werte, die keinen wirtschaftlichen Einfluß mehr gestatteten, in Aussicht genommen“ wurde. Die Frage, welcher Gewerbebetrieb als jüdisch zu gelten habe, hatte in der Vergangenheit für widersprüchliche Auslegungen gesorgt. Die 3. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.6.1938 lieferte die Grundlage für eine einheitliche Definition; demnach war eine offene Handels- oder Kommanditgesellschaft oder eine GmbH jüdisch, wenn mindestens einer der persönlich haftenden Gesellschafter Jude war oder sich ein Viertel des Betriebskapitals in jüdischer Hand befand. Als jüdisch galt auch „ein tatsächlich unter dem beherrschenden Einfluß von Juden stehender Gewerbebetrieb“ – ein im Grunde unendlich dehnbarer Gummiparagraph – sowie Zweigniederlassungen jüdischer Firmen. Einen Monat später, am 14.7.1938, ordnete der Reichsinnenminister per Runderlass eine Bestandsaufnahme aller noch bestehenden jüdischen Betriebe an.³⁷ Nachdem der „Arisierungsprozess“ lange Zeit ohne offizielle staatliche Beeinflussung verlaufen war, schaltete sich der Staat nun stufenweise ein. Mit der 1. Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12.11.1938 machte Göring den Weg frei für die staatlich beaufsichtigte „Zwangsarisierung“ der verbliebenen jüdischen Betriebe. Der offizielle Befehl zur kompletten „Entjudung“ des Großhandels wie auch der jüdischen Fabriken ließ nicht lange auf sich warten. Genau ist die Anordnung nicht zu datieren, einen Hinweis gibt jedoch die Inhaltsangabe eines Geheimschreibens von Göring, in dem von der „Übernahme jüdischer Betriebe und sonstiger Vermögenswerte auf streng gesetzlicher Grundlage“ die Rede ist.³⁸ Auch wenn sich einzelne Fälle noch weit bis in das Jahr 1939 hineinzogen, kam die staatliche Initiative im Fall der Aachener Textilindustrie zu spät. Als die letzte diesbezügliche Anweisung Görings am 23.7.1940 erging,³⁹ waren die meisten Betriebe schon lange „arisiert“.

III Fallbeispiele „arisierten“ jüdischer Unternehmen der Aachener Textilindustrie

In Aachen begann die massenhafte „Arisierung“ jüdischer Textilindustriebetriebe relativ spät, vollzog sich dann aber innerhalb weniger Monate. In der ersten Phase (1935 bis Ende 1937) war es vor allem „die allgemeine politische Entwicklung in Deutschland“, die vereinzelt Textilunternehmer zum Verkauf ihrer Firmenanteile und zur Auswanderung bewog.⁴⁰ Bei diesen

³⁷ Walk, Sonderrecht, S. 229, 233.

³⁸ Schreiben der obersten SA-Führung vom 14.1.1939, zit. bei Toury, Textilunternehmer, S. 260; Vgl. Durchführungserlässe über den Einsatz jüdischen Vermögens vom 6.2.1939, zit. bei Walk, Sonderrecht, S. 280.

³⁹ Der Runderlass des Reichswirtschaftsministeriums schrieb vor, dass noch ausstehende „Arisierungen“ binnen Jahresfrist abzuschließen seien. Walk, Sonderrecht, S. 325.

⁴⁰ HStAD LA 1/52/2347, Bd. II, Schreiben an die Wiedergutmachungskammer Aachen vom 20.9.1951. Drei der 20 untersuchten „Arisierungen“ fallen in die Zeit vor 1938.

frühen „Arisierungen“ konnten die Verkäufer ihre Preisvorstellungen noch weitgehend durchsetzen.⁴¹ Doch hatte nicht jeder das Glück, einen Käufer zu finden, der die vorgeschlagenen Verkaufsmodalitäten akzeptierte. Während der Mitgesellschafter der Tuchfabrik Marx & Auerbach seinen Anteil im März 1937 einvernehmlich an seinen ebenfalls jüdischen Geschäftspartner vertraglich veräußert hatte, kam es zwischen den Gesellschaftern der Tuchfabrik Gebr. Hirtz anlässlich des Firmenverkaufs zu Unstimmigkeiten. Die Firma war in Familienbesitz, beide Inhaber waren verschwägert. Der eine Stamm der Familie beabsichtigte aus Deutschland auszuwandern und wollte daher seinen Geschäftsanteil an der Firma verkaufen. Offenbar konnte man sich intern nicht auf einen Kaufpreis einigen, denn schließlich „begaben sich die Inhaber [...] im Herbst 1935 nach Düsseldorf. Dort sollte die gesamte Fabrik an eine vom Gauleiter der NSDAP, Florian, vorgeschlagene Person verkauft werden.“ Der auswanderungswillige Anteilseigner „war geneigt, diesen Verkauf zum Preise von insgesamt RM 300.000,- für die gesamte Fabrik vorzunehmen.“ Sein Schwager, der glaubte in Deutschland auch weiterhin leben und arbeiten zu können, lehnte das Angebot ab. Er übernahm schließlich den Anteil für 150.000,- RM, was exakt dem Vorschlag des Düsseldorfer Gauleiters entsprach.⁴²

Der wachsende politische Druck erlaubte es den Kaufinteressenten nun immer öfter, Preisnachlässe zu verlangen. Dabei war der Preisverfall bei Betriebswerten schon vor der großen „Arisierungswelle“ 1938 zu beobachten, wie aus einem Brief des Inhabers der Tuchfabrik Marx & Auerbach an seinen ehemaligen Geschäftspartner vom 3.12.1937 hervorgeht: „Sie kennen ja den ungefähren Kaufpreis, zu dem Fritz Cohn weggegangen ist und die beiden Herren [...] von Herz und Stern [...] sind der Meinung, dass solche Preise gegenüber den tatsächlichen Werten des Betriebes mal jetzt an der Tagesordnung sind, wobei sie sich auf die ihnen bekannten Verkaufspreise stützen. [...] Wir beide wissen nicht, was man Anfang dieses Jahres für M[arx] & A[uerbach] bezahlt hätte, aber dass Haare gelassen werden müssen, ist zum mindesten doch mehr als wahrscheinlich.“⁴³

Die Hochphase der „Arisierung“ mittelständischer Industriebetriebe lag in Aachen in der Zeit von April bis Oktober 1938. In sieben der 20 untersuchten Fälle begannen die Verhandlungen im Frühjahr und zogen sich bis in den Hochsommer 1938 hin. Dabei ging die Initiative in der Mehrzahl von den jüdischen Unternehmern selbst aus, die anfangs wohl noch hofften, trotz der herrschenden Bedingungen einen angemessenen Preis für ihr Unternehmen erzielen zu können. Inwieweit neben dem politischen Druck nun infolge der Kontingentkürzungen auch der ökonomische Druck wuchs und jüdische Textilunternehmer zum Verkauf ihrer Betriebe bewog, lässt sich aufgrund lückenhafter Bilanzzahlen für das Jahr 1938 nicht für alle Aachener Textil-

⁴¹ „Im Jahre 1936 beabsichtigte Herr [...] seine Firma zu verkaufen. Der Kaufvertrag wurde zum 30.4.1938 mit seinen früheren Mitarbeitern [...] abgeschlossen. Die Kaufverträge wurden von Herrn [...] mit seinem langjährigen [...] Steuerberater [...] ausgearbeitet. Die Kaufpreissumme wurde von Herrn [...] bestimmt und festgesetzt. Der gesamte Kaufpreis wurde vertragsgemäß von den Käufern an Herrn [...] bezahlt.“ HStAD LA 1/561/13546, Declaration by present owner or custodian of property which has been subject to transfer in accordance with paragraph 1 of the general order no. 10, undatiert.

⁴² HStAD LA 1/169/13095, Angabe Tuchfabrik Gebr. Hirtz gegenüber Amt für gesperrte Vermögen Aachen vom 29.9.1950.

⁴³ HStAD LA 1/52/2347, Bd. II, Schreiben zur Zitation im Wiedergutmachungsprozess vor dem Landgericht Aachen, undatiert (1951).

unternehmen rekonstruieren. Paradoxerweise weisen drei Unternehmen, für die entsprechende Angaben bis Mitte 1938 vorliegen, sogar weiter steigende Gewinne aus.⁴⁴ Dagegen brachen die Gewinne der Firma F. & M. Meyer schon 1937 gegenüber dem Vorjahr um fast 65% ein und dürften mit dazu beigetragen haben, den „Druck [...], die Firma als laufendes Unternehmen zu einem sehr billigen Preis zu verkaufen“, zu erhöhen. „Der Grund war die gefährdete Stellung unserer 400 Arbeiter wegen des Generalboykotts gegen jüdische Unternehmen.“⁴⁵ In immerhin vier Fällen gelang es den Unternehmern hingegen, ihren Betrieb durch Vermögensübertragung innerhalb der Verwandtschaft vorerst vor einer „Arisierung“ durch Dritte zu bewahren. Die Spannweite reichte dabei von der „freundschaftlichen Auseinandersetzung“⁴⁶ zwischen Schwiegerleuten (Tuchfabrik Struch & Guttentag) über die Übertragung von Geschäftsanteilen (Tuchfabrik Neuwerk), Firmengrundstücken und Maschinen (Tuchfabrik Katz & Langstadt) an die Enkel bis hin zur Schenkung an den Adoptivsohn (Tuchfabrik Gebr. Hirtz). In zwei Fällen war der jüdische Unternehmer bereits gestorben, so dass die Testamentsvollstrecker sich beeilten, einen „arischen“ Käufer für das Unternehmen zu finden (Reißwollfabrik Siegmund Berg, Kleiderfabrik Moritz Pintus). Die Auswahl des Käufers lag nun nicht mehr vollständig in der Hand des jüdischen Veräußerers. Die Strategie, über die Hereinnahme eines „arischen“ Strohmanns, zumeist eines Verwandten, Kapitalmittel im Unternehmen zu belassen und damit vor der Konfiszierung bei Auswanderung zu bewahren, ging nur in wenigen Fällen auf.⁴⁷ Dort, wo sich „arische“ Kapitalgeber fanden, drängte man jüdische Anteilseigner Schritt für Schritt aus dem Unternehmen.⁴⁸

Die gesetzlichen Maßnahmen seit Frühjahr 1938 vergrößerten den exekutiven Spielraum der staatlichen Behörden auf lokaler und regionaler Ebene in Fragen der „Arisierung“ erheblich. Als eigentliche Genehmigungsinstanz fungierte die höhere Verwaltungsbehörde – in Aachen

⁴⁴ HStAD BR 1050/910, Bl. 89; HStAD LA 1/26/1028; HStAD BR 1050/910, Bl. 112.

⁴⁵ HStAD LA 1/21/801, Angaben gegenüber Control Office for Germany and Austria, London vom 15.2.1947.

⁴⁶ HStAD LA 1/652/1367, Declaration by present owner of property which has been subject to transfer in accordance with paragraph 1 of the general order no. 10 vom 18.10.1948.

⁴⁷ HStAD LA 1/21/801, Angaben bzgl. Fa. F. & M. Meyer gegenüber Kreisbeauftragtem für gesperrte Vermögen Aachen vom 21.4.1949; HStAD LA 1/169/13095, Angaben Tuchfabrik Gebr. Hirtz gegenüber Amt für gesperrte Vermögen Aachen vom 29.9.1950.

⁴⁸ HStAD BR 1050/910, Bl. 153-154; HStAD BR 1050/910, Bl. 149, Erklärung vom 18.6.1938; HStAD LA 1/88/13014 (a), Declaration by present owner or custodian of property which has been subject to transfer in accordance with paragraph 1 of general order no. 10, undatiert; HStAD BR 1050/910, Bl. 136, Schreiben an Bezirksgruppe Rheinland der Fachgruppe Tuch- und Kleiderstoffindustrie Aachen, undatiert (März 1939). HStAD BR 1050/910, Bl. 123, Schreiben Gauwirtschaftsberater an Regierungspräsident Aachen vom 18.8.1938.; HStAD LA 1/61/616 (d), Angaben Wirtschaftsprüfer gegenüber Kreisbeauftragtem für gesperrte Vermögen vom 5.10.1951; HStAD LA 1/61/616 (d), Angabe Wirtschaftsprüfer gegenüber Zentralamt für Vermögensverwaltung Bad Nenndorf vom 9.8.1951.

der Regierungspräsident⁴⁹ – die auf diese Weise eine detailgenaue Übersicht über den „Arisierungsprozess“ bekam. Praktisch der gesamte Schriftverkehr aller beteiligten Stellen passierte den Schreibtisch des Regierungspräsidenten. Der seit Mai 1933 amtierende Aachener Regierungspräsident Eggert Reeder widersetzte sich offen einer Einflussnahme von Parteistellen auf die Verwaltung. Allerdings beschränkte sich sein Widerstand auf diesen Bereich, während ein ähnlich couragiertes Eintreten gegen offensichtlichen Rechtsbruch (z.B. bei Boykottaktionen) nicht überliefert ist.⁵⁰ Sein Nachfolger seit 1935, Franz Vogelsang⁵¹, arbeitete störungsfrei mit den Wirtschafts- und Parteiorganisationen und mit den Steuerbehörden zusammen. In den Entjundungssonderakten findet sich kein Hinweis darauf, dass er im Zuge des Genehmigungsverfahrens eigene Vorschläge zur Modifikation der Vertragsbedingungen eingebracht, geschweige denn durchgesetzt hätte. Vielmehr übernahm er in denjenigen Fällen, in denen ein zur Genehmigung vorliegender Kaufvertrag abgeändert wurde, fast wörtlich die Vorschläge des Gauwirtschaftsberaters oder der IHK.⁵²

Obwohl das Finanzamt Aachen-Stadt offenbar bereits im Sommer 1938 von laufenden „Arisierungsverhandlungen“ Kenntnis hatte⁵³, erfolgte die Einbindung der Steuerbehörden bzw. der Devisenstelle im Vorfeld des Verkaufes nicht automatisch.⁵⁴ Doch auch gegenüber der Devisenstelle zeigte sich Regierungspräsident Vogelsang kooperativ. So versicherte er in seinem Antwortschreiben an die Oberfinanzdirektion Köln, „in Zukunft Ihrem Wunsche entsprechend vor der Genehmigung der Arisierung von Betrieben mit wesentlichem Export Ihnen Ge-

⁴⁹ Welche Behörde mit der Genehmigung von „Arisierungen“ befasst war, hing von dem jeweiligen Land bzw. der Region ab. Während in Aachen bzw. der Rheinprovinz als Teil Preußens und in Bayern die Regierungspräsidenten zuständig waren, übernahmen diese Funktion anderswo der Polizeipräsident (Berlin), die Kreishauptleute (Sachsen), der Reichsstatthalter (Hamburg), die Landesregierung oder die Innenministerien. Vgl. Alf Krüger, Die Lösung der Judenfrage in der deutschen Wirtschaft: Kommentar zur Judengesetzgebung, Berlin 1940, S. 84.

⁵⁰ Reeder folgte dem auf maßgeblichen Druck des Kölner Gauleiters Grohé im Februar 1933 entlassenen Regierungspräsidenten Stieler (Zentrum). Trotz seiner Mitgliedschaft in der Partei (ab 1.5.1933) scheint Reeder kein überzeugter Nationalsozialist gewesen zu sein. Die Berufung zum Regierungspräsident gründete vielmehr auf seinem Ruf als hervorragender Verwaltungsfachmann. Vgl. Gasten, Aachen, S. 55, 62, 98.

⁵¹ Franz Vogelsang, NSDAP-Mitglied seit Mai 1931, seit 20.4.1937 Regierungspräsident in Aachen bis 1945, wurde danach nicht mehr im öffentlichen Dienst verwendet. Vgl. Regierungspräsident in Aachen (Hg.), 150 Jahre Regierung und Regierungspräsident Aachen: Beiträge zu ihrer Geschichte, Aachen 1967, S. 336.

⁵² Vgl. HStAD BR 1050/911, Bl. 427, Schreiben des Gauwirtschaftsberaters bzgl. Kleiderfabrik Montanus vom 21.9.1938; HStAD BR 1050/911, Bl. 429, Genehmigungsentwurf des Regierungspräsidenten vom 27.9.1938; vgl. auch HStAD BR 1050/914, Bl. 196, 205 (Gauwirtschaftsberater), Bl. 220 (Regierungspräsident), Briefwechsel zum „Arisierungsverfahren“ der Streichgarnspinnerei Schönbrunn & Peters.

⁵³ Vgl. HStAD BR 1039/951, Bl. 154, Schreiben Finanzamt Aachen-Stadt an Regierungspräsident Aachen bzgl. Tuchfabrik Gebr. Hirtz vom 11.12.1938.

⁵⁴ HStAD BR 1050/905, Bl. 144, Schreiben Oberfinanzpräsident Köln (Devisenstelle) an Regierungspräsident Aachen vom 29. 12. 1938.

legenheit zur Stellungnahme [zu] geben.“⁵⁵ Verkaufserlöse und sonstige Vermögenswerte jüdischer Textilunternehmer wurden auch in Aachen in Form von Steuern, Zwangsabgaben und Devisentransferbestimmungen fast vollständig konfisziert. Das auf Sperrkonten überwiesene Vermögen der ausgewanderten Textilfabrikanten fiel in vielen Fällen komplett dem Reich zu.⁵⁶ Mit der Verordnung über die Anmeldung jüdischen Vermögens wurde der Wirtschaftsapparat der NSDAP (Gau- und Kreiswirtschaftsberater) sowie die Deutsche Arbeitsfront offiziell am Genehmigungsverfahren von „Arisierungen“ beteiligt. Die Gauwirtschaftskammer nahm in vielfältiger Weise Einfluss auf die Vertragsgestaltung.⁵⁷ Dabei trat das offizielle parteipolitische Ziel einer völligen „Entjudung“ der Wirtschaft zuweilen hinter wirtschaftspolitischen Pragmatismus zurück. Gewährte der jüdische Vorbesitzer dem „arisierten“ Unternehmen ein Darlehen, so machte der Gauwirtschaftsberater zur Bedingung, dass dieses „ohne jeden Vorbehalt unkündbar“ sei.⁵⁸ Während man bei Kapitalfragen offenbar kompromissbereit war, wurde die Mitwirkung des jüdischen Vorbesitzers bei der Einarbeitung des neuen Inhabers auf möglichst kurze Zeit beschränkt.⁵⁹ Daneben intervenierte der Gauwirtschaftsberater auch bei der Höhe des Verkaufspreises jüdischer Betriebe. Wenngleich bei größeren Betrieben ein Betriebsprüfer den Übernahmepreis bestimmte, erwirkte er in mindestens drei Fällen einen Preisabschlag zwischen 20 und 30%.⁶⁰ Entscheidend war der Einfluss des Gauwirtschaftsberaters bei der Auswahl der „Arisierer“. Deren politische Beurteilung stellte ein wichtiges Instrument dar, um der Partei genehmen Personen bei „Arisierungen“ einen Vorteil zu verschaffen.⁶¹ Der Gestaltungsspielraum der IHK Aachen bei der Auswahl möglicher Käufer der zu „arisierenden“ Textilbetriebe blieb hingegen begrenzt. Die Kammer war angehalten, bei der Er-

⁵⁵ HStAD BR 1050/905, Bl. 145, Schreiben Regierungspräsident Aachen an Oberfinanzpräsident Köln vom 10.1.1939; vgl. auch HStAD BR 1050/912, Bl. 35, Schreiben Finanzamt Aachen-Stadt an Regierungspräsident Aachen vom 7.1.1939.

⁵⁶ HStAD LA 1/561/13546, Declaration by present owner or custodian of property which has been subject to transfer in accordance with paragraph 1 of the general order no. 10, undatiert; HStAD LA 1/59/2627 (a), Angaben Notar Dr. Greven über den Verbleib der Kaufpreiszahlungen, Ur. Nr. 177 für 1950, § 11.

⁵⁷ In sieben von 20 Fällen gingen Vertragsänderungen maßgeblich auf den Gauwirtschaftsberater zurück, in fünf Fällen stellten Gau- bzw. Kreiswirtschaftsberater politische Unbedenklichkeitserklärungen aus. In acht Fällen ist eine Tätigkeit der Parteibehörden nicht nachweisbar.

⁵⁸ HStAD BR 1050/910, Bl. 120, Schreiben Kreiswirtschaftsberater an Regierungspräsident Aachen vom 5.8.1938.

⁵⁹ HStAD BR 1050/911, Bl. 427, Schreiben Gauwirtschaftsberater an Regierungspräsident Aachen vom 21.9.1938.

⁶⁰ HStAD BR 1050/914, Bl. 196; HStAD BR 1050/913, Bl. 378.; HStAD BR 1050/910, Bl. 95-96.

⁶¹ HStAD LA 1/52/2347, Band I, unpag., Angaben des ehemaligen Wirtschaftsprüfers der Firma Marx & Auerbach gegenüber Major Taylor vom 8.5.1946; HStAD OE/3011/186, unpag., Anonyme undatierte Mitteilung an Headquarter Military Government Aachen sowie HStAD LA 1/21/801, unpag., Angaben des ehemaligen Mitinhabers der Tuchfabrik F. & M. Meyer gegenüber der Control Office for Germany and Austria, London vom 15.2.1947.

stellung der Gutachten eng mit den zuständigen Fachgruppen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft – in Aachen also der Bezirksgruppe Rheinland der Fachgruppe Tuch- und Kleiderstoff-Industrie – zusammenzuarbeiten, vor allem wenn es sich um einen größeren oder branchenweit bedeutenden Betrieb handelte.⁶² Im Gegensatz zum Gauwirtschaftsberater entwickelte sie kaum eigene Initiativen zur Modifikation vertraglicher Abmachungen.⁶³ Lediglich bei der Firma Frank & Sonntag ging der Preisdruck von der IHK aus, nachdem dies zuvor vom Gauwirtschaftsberater angeregt worden war.⁶⁴ Daneben machte sie sich wiederholt für die Einsetzung eines Treuhänders stark, „damit die den Juden gehörenden Waren [...] der deutschen Volkswirtschaft zugeführt werden können.“⁶⁵ In der Gesamtschau erscheint die Aachener IHK als zuverlässige und willfährige Vollstreckerin antijüdischer Gesetze.

⁶² Bei der „Arisierung“ der Streichgarnspinnerei Schönbrunn & Peters hatte sich die Kammer zunächst im Sinne der Aachener Tuchfabrikanten gegen eine Übernahme durch die Aktienspinnerei Aachen ausgesprochen. Ihr Kompromissvorschlag einer gemeinschaftlichen Beteiligung der Aachener Tuchwebereien und der Aktienspinnerei wurde zwar übernommen, später aber auf Veranlassung der Bezirksfachgruppe Textil kassiert. Vgl. HStAD BR 1050/914, Bl. 198-202, Stellungnahme der IHK Aachen gegenüber Regierungspräsident Aachen vom 11.11.1938.

⁶³ In acht Fällen ist die Tätigkeit der Kammer nicht nachweisbar, in fünf Fällen stellte sie eine Unbedenklichkeitsbescheinigung aus, und in drei Fällen wurden kleinere Ergänzungen vorgenommen (u.a. Begrenzung der Darlehenshöhe des jüdischen Vorbesitzers an das „arisierte“ Unternehmen, Änderung des Rentenanspruches eines jüdischen Unternehmers, den dieser von seinem Adoptivsohn als Gegenleistung für die Schenkung des Unternehmens erhielt).

⁶⁴ HStAD BR 1050/913, Bl. 378, Schreiben Gauwirtschaftsberater an Regierungspräsident Aachen vom 17.9.1938.

⁶⁵ HStAD BR 1050/942, Bl. 39, Schreiben IHK Aachen an Regierungspräsident Aachen vom 20.9.1940; HStAD, BR 1050/907, Bl. 535, Schreiben IHK Aachen an Regierungspräsident Aachen vom 17.6.1940.

Auch verschiedene Geschäftsbanken waren in die „Arisierung“ jüdischer Textilbetriebe in Aachen involviert.⁶⁶ Am Beispiel der Tuchfabrik Königsberger wird deutlich, dass die Deutsche Bank an der „Arisierung“ dieser größten und äußerst profitablen Aachener Tuchfabrik nicht nur umfassend beteiligt war, sondern auch erheblich daran verdiente: „Wegen der Schwierigkeit, einen Käufer zu finden, der über die für die Firma erforderlichen Geldsummen verfügte, war beabsichtigt, die Kommanditgesellschaft in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Die Deutsche Bank Berlin wurde beauftragt, unter ihren Kunden Interessenten zu finden, die beträchtliche Werte des Aktienkapitals übernehmen sollten. In der zweiten Hälfte des Jahres 1938 zeigte sich seitens der Deutschen Bank [...] die Tendenz, die Verhandlungen zu verzögern und hinzuziehen, mit der deutlichen Absicht, die jüdischen Eigentümer zu zwingen, ihr Eigentum weit unter seinem wirklichen Wert zu verkaufen.“⁶⁷ Inwieweit die Vermittlung der letztendlichen Käufer auf die Aktivität der Deutschen Bank Berlin zurückzuführen ist, geht aus den Akten nicht hervor; es ist jedoch festzuhalten, dass die Deutsche Bank für ihren erfolglosen Versuch, einen Käufer zu angemessenen Preisbedingungen zu finden, nichtsdestotrotz eine hohe Provision in Rechnung stellte und auch erhielt, denn „als die Firma endlich zu großen Verlusten, lediglich mit scheinbarer Hilfe durch die Deutsche Bank, verkauft war, veranlaßte die letztere ihre Niederlassung in Aachen, von dem Konto der Firma bei der Deutschen Bank Aachen einen Betrag von RM 56.250,- an Verkaufsprovision zu belasten, welche Summe 2 ½ % der Gesamtprovision [gemeint ist der gezahlte Gesamtkaufpreis, S.F.] von RM 2.250.000,- darstellt.“⁶⁸

In der Endphase der „Arisierung“ ab November 1938, als offener Zwang herrschte und die Gestaltungsmöglichkeiten jüdischer Unternehmer bei „Arisierungsverhandlungen“ fast völlig verloren gingen, waren 16 der 20 Unternehmen bereits veräußert worden. Es ging nun darum, schwebende „Arisierungsverfahren“ zu beschleunigen und Verkaufspreise sowie Verkaufs-

⁶⁶ Vgl. HStAD BR 1050/905, Bl. 58. Die Deutsche Bank war z.B. an der „Arisierung“ der Kleiderfabrik Moritz Pintus beteiligt. In einem Aktenvermerk des Regierungspräsidiums vom 7.6.1938 heißt es: „Dir. Brab [Direktor der Deutschen Bank Aachen, S.F.] teilt tel. mit, dass ihm der Vertragsentwurf bis jetzt nicht vorgelegen habe. Er habe wohl am 26.4.1938 in einer Unterredung mit Herrn [...] von diesem erfahren, dass er in der Person [...] einen Käufer für den Betrieb gefunden habe. Am gleichen Tage habe deshalb die Bank über [...] Erkundigungen eingezogen.“ Einen Hinweis, dass außer der Deutschen Bank noch andere Kreditinstitute an „Arisierungen“ in Aachen beteiligt waren, gibt OMGUS Finad Internal & External Files 2/197/18, Bl. 1., Aktennotiz der Financial Intelligence, Section External Assets & Intelligence Branch vom 29.11.1946: „Subject: Commerzbank/ Aryanizations [...]. During a review of credit files at Herford, files for the following firms could not be located. Dr. Horn stated that these files were retained at Berlin and should still be available there: [...] Josef Koenigsberger, Aachen“; siehe auch HStAD OE/3011/186, unpag., Angabe Wirtschaftstreuhänder gegenüber Treuhandstelle Aachen vom 12.5.1947: „Die Tuchfabrik Rummeny [...] suchte [...] irgendeine Partnerschaft mit einer solchen (Streichgarn-)Spinnerei. Dieser Wunsch ist mit der Dresdner Bank in Aachen des öfteren behandelt worden.“

⁶⁷ HStAD LA 1/28/1030, Band I, unpag., Aussage gegenüber Zentralamt für Vermögensverwaltung Bad Nenndorf vom 30.9.1948.

⁶⁸ HStAD LA 1/28/1030, Band I, unpag., Aussage gegenüber dem Zentralamt für Vermögensverwaltung Bad Nenndorf vom 30.9.1948.

konditionen im Sinne der Käufer zu modifizieren. Im Zuge des Novemberpogroms trug die Gestapo in Aachen mit Verhaftungsaktionen erheblich zur Beschleunigung schwebender „Arisierungsverfahren“ bei.⁶⁹ Die verhafteten Aachener Juden wurden in die Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt, wo sie unter katastrophalen Bedingungen mehrere Wochen festgehalten und nur unter Vorlage von Auswanderungspapieren⁷⁰ oder des Nachweises der Beteiligung an „Arisierungsverhandlungen“ freigelassen wurden. Unter den Inhaftierten waren viele ehemalige Eigentümer „arisierte“ Tuchfabriken. Auch Unternehmer, deren Betriebe sich noch in einem schwebenden Verfahren befanden, wurden von der Gestapo verhaftet. Wie wirkungsvoll diese Maßnahmen waren, zeigt das Beispiel der Tuchfabrik Königsberger: „Die Vorverhandlungen über den Firmenverkauf zu einem angemessenen Preis fanden im Sommer 1938 statt. [...] Tatsächlich waren die Eigentümer nach dem Pogrom des November 1938, um nicht weitere Gefahr zu laufen, gezwungen auszuwandern, bevor die Firma ordnungsgemäß verkauft werden konnte.“ Da sich lange Zeit kein Käufer fand, drohte die Deutsche Arbeitsfront im Januar 1939, die Firma Königsberger zu enteignen. Damit gerieten die Besitzer in eine Zwangslage, in der sie, „um nicht alles zu verlieren, nehmen mußten, was ihnen geboten wurde. [...] Der Betrag, [...], auf den man sich schließlich einigte, war sogar niedriger als die Schätzung des Wirtschaftsprüfers.“⁷¹

Einer der Aachener Tuchfabrikanten hatte die „Arisierungswelle“ 1938 nicht nur dazu genutzt, um seine Beteiligung an den Tuchfabriken Neuwerk sowie Spittel & Franken auszuweiten. Es gelang ihm auch, die Tuchfabrik Carl Heinemann Nachf. günstig zu übernehmen. Den im September 1938 ausgehandelten Kaufpreis für den Maschinenpark der Firma versuchte er nach Abschluss des Vertrages von 85.000,- RM auf 65.000,- RM mit der Begründung zu senken, „dass die von der Verkäuferin in diesem Vertragsabschnitte gemachten Zusagen [bezüglich des Zustandes der Maschinen, S.F.] den Tatsachen nicht in allen Punkten entsprächen.“⁷² Er umging

⁶⁹ Vgl. HStD RA 14420, Bl. 1-15, Nachweisung der im Zuge der Aktion festgenommenen und in die Konzentrationslager überführten Juden vom 10.11.1938.

⁷⁰ HStAD LA 1/21/801, unpag., Aussage des ehemaligen Miteigentümers der Tuchfabrik F. & M. Meyer vor der Control Office for Germany and Austria, London vom 15.2.1947.

⁷¹ HStAD LA 1/28/1030, Bd. I, Aussage gegenüber Zentralamt für Vermögensverwaltung Bad Nenndorf vom 30.9.1948.

⁷² HStAD LA 1/11/349 (e), Bd. 5, Abschrift des Abkommens zwischen Käufer und Verkäufer vom 8.3.1939.

damit explizit die Vertragsvereinbarung, wonach er sich nach Besichtigung des Maschinenparks ausdrücklich verpflichtet hatte, „alles in vorhandenem Zustand ohne das Recht einer Mängelrüge“ zu übernehmen.⁷³ In welcher Zwangslage sich der Verkäufer befand – sein Bruder und Mitinhaber der Firma war in der Zwischenzeit in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt worden – kann man nur erahnen: „Unter Verzicht auf die Prüfung der Rechtslage und des Tatbestandes ermäßigen die Verkäufer [...] kurzerhand den Preis der Maschinen [...] dergestalt, dass dieser Nachlaß von der Kaufpreisrestrate abzuziehen ist, die bis zum 1. März 1939 verfällt.“⁷⁴

In zwei Fällen waren die jüdischen Vorbesitzer überstürzt ausgewandert, noch bevor die „Arisierung“ ihrer Unternehmen zu einem Abschluss gekommen war. Ab 1940 begann man, zumeist auf Betreiben der „arisierenden“ Unternehmer, diejenigen Teile des Firmenvermögens, die noch nicht verkauft oder nur vermietet worden waren, einem Treuhänder zu unterstellen.⁷⁵ Dieser übernahm als Abwesenheitspfleger sämtliche Rechte und Pflichten des jüdischen Unternehmers, er konnte die zurückgelassenen betrieblichen Vermögenswerte auch ohne dessen Einwilligung zwangsversteigern, wobei die erzielten Erlöse dem Reich zufließen.

IV Die Erwerber jüdischer Textilunternehmen und ihre Motive

Die Gründe für die jüdischen Unternehmer, ihre Betriebe zu verkaufen, sind bereits erörtert worden – doch welche Motive waren für die Kaufinteressenten ausschlaggebend, sich an „Arisierungsgeschäften“ zu beteiligen? Die Annahme, die „Arisierer“ seien vom „fieberhaften Bereicherungswettlauf“⁷⁶ angesteckt worden und suchten um jeden Preis nach einer Gelegenheit, sich zu verbessern, greift m. E. für die Aachener Textilindustrie zu kurz. Immerhin handelte es sich nicht um eine florierende Branche, die im Investitionsfall eine sichere und hohe Kapitalrendite versprach. Dennoch gab es Gründe, die eine Beteiligung an „Arisierungen“ aus der Sicht eines Textilunternehmers durchaus sinnvoll erscheinen ließen. Ein Blick auf die regionale Herkunft der „Arisierer“ zeigt, dass diese in 15 von 20 untersuchten Fällen aus Aachen selbst stammten. Betrachtet man die Branchenzugehörigkeit der Käufer, so ergibt sich eine noch höhere Korrelation: in 18 von 20 Fällen kam der Erwerber aus der Textilbranche, d.h. der Tuch- oder Bekleidungsindustrie. Die Übernahme durch lokale Konkurrenten stellte somit die Regel, die

⁷³ HStAD BR 1050/911, Bl. 348, Notarieller Kaufvertrag vom 19.9.1938.

⁷⁴ HStAD LA 1/11/349 (e), Bd. 5, Abschrift des Abkommens zwischen Käufer und Verkäufer vom 8.3.1939.

⁷⁵ HStAD BR 1050/942, Bl. 38, Schreiben Tuchfabrik Gebr. Rummeny an Regierungspräsident Aachen vom 11.10.1940; HStAD BR 1050/907, Bl. 531, Schreiben Aachener Kammgarn-Feintuch KG Jacobi & Co. an Regierungspräsident Aachen vom 23.4.1940.

⁷⁶ Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg, S. 283.

durch Branchenkundige aus anderen Regionen eine Ausnahme dar. Der Sonderfall der Firma Königsberger, bei dem der „Arisierer“ weder aus der Branche noch aus dem Raum Aachen stammte, gibt einen Hinweis darauf, dass diese recht markante Käuferstruktur möglicherweise durch das Aachener Angebot kleiner und mittelständischer Textilbetriebe bestimmt wurde. Während sich die Mehrzahl der auf einem sehr schmalen und äußerst konjunkturrempfindlichen Marktsegment agierenden jüdischen Textilunternehmen für Auswärtige und Branchenunkundige kaum als reines Kapitalanlageobjekt eignete, bot deren Übernahme den lokalen Textilunternehmern durchaus einen strategischen Nutzen. Dieser bestand in erster Linie darin, branchenspezifische Engpassfaktoren zu mildern oder zu beseitigen. Der niedrige Übernahmepreis machte Investitionen in zusätzliche Maschinenkapazitäten sogar für diejenigen Unternehmen attraktiv, die selbst mit der Unterauslastung ihrer Produktionskapazitäten zu kämpfen hatten.

Das Problem knapper Rohstoffe dürfte im Kalkül der „arischen“ Textilunternehmer Aachens eine Schlüsselrolle gespielt haben. Die umfassende Kontingentierung, die besonders bei den wichtigen Rohstoffen Wolle und Baumwolle zu massiven Engpässen führte, machte innerbetriebliche Erweiterungen oder Betriebsneugründungen in der Tuchindustrie völlig illusorisch.⁷⁷ Selbst der normale Betrieb war über weite Strecken nur eingeschränkt möglich. Noch im Frühjahr 1936 lagen 41% der Produktionskapazitäten brach, und selbst im April 1939, als bereits Wehrmachtsaufträge die lokale Textilkonjunktur stützten, standen noch immer 36,5% der Webstühle still.⁷⁸ Die Übernahme eines jüdischen Textilunternehmens bot die Gelegenheit, bestehende Kapazitäten besser auszulasten oder sogar zu erweitern, indem die verfügbare Rohstoffmenge durch Lagerbestände jüdischer Firmen oder deren Kontingentrechte preiswert aufgestockt wurde.

Dass die Kontingentfrage für auswärtige Interessenten eine potentielle Zutrittsschranke für die Etablierung am Aachener Tuchmarkt darstellte, wird am Beispiel der Tuchfabrik Herz & Haymann deutlich. Ein aus der Niederlausitz stammender Tuchfabrikant⁷⁹ hatte das Zustandekommen des Kaufvertrages grundsätzlich von einer ungekürzten Übernahme der Kontingente abhängig gemacht: „Wird eine Zustimmung oder Genehmigung [...] ganz oder auch nur teilweise nicht erteilt und werden insbesondere die für den Betrieb notwendigen Kontingente nicht in Höhe von mindestens 100% der am 27.4.1936 festgesetzten Mengen bewilligt, so ist dieser Vertrag seinem vollen Umfange nach hinfällig.“⁸⁰ Die Vertragsklausel erklärt sich vor dem Hintergrund des herrschenden Bewirtschaftungssystems, welches die Kontingentvergabe nicht nur an den

⁷⁷ Selbst wenn in Ausnahmefällen eine Betriebserweiterung gestattet wurde, begründete dies keinen Anspruch auf erhöhte Rohstoffzuteilungen. Vgl. H. Crome, Die Sperrvorschriften des Spinnstoffgesetzes, in: Westdeutsche Wirtschaftszeitung (28.7.1938), S. 651.

⁷⁸ HStAD PB 1078.

⁷⁹ HStAD LA 1/56/2624, Angaben gegenüber Landesamt für gesperrte Vermögen Aachen vom 16.5.1949.

⁸⁰ HStAD BR 1050/910, Bl. 80, Kaufvertrag vom 19.7.1938. Im Fall der Reißwoll- und Wattefabrik Siegmund Berg kam die „Arisierung“ durch Kaufleute aus Mönchengladbach nicht zustande, weil „infolge der Bestimmungen des Spinnstoffgesetzes [...] eine Genehmigung zum Kauf und zur Errichtung von Berlin aus“ abgelehnt wurde. HStAD LA 1/448/13434, Schreiben an Wiedergutmachungsstelle

nachgewiesenen Verbrauch während eines festgelegten Bemessungszeitraumes knüpfte, sondern überhaupt denjenigen Unternehmen vorbehielt, die vor 1933 am Markt vertreten waren. Dies machte eine Unternehmensneugründung für auswärtige Bewerber ebenso wie für den Aachener Branchennachwuchs annähernd unmöglich, zumal die Rohstoffzuteilung auch für etablierte Betriebe äußerst restriktiv gehandhabt wurde. Manch einer, der jahrelang als leitender Angestellter in der Feintuchindustrie gearbeitet hatte, ergriff nun die Gelegenheit, um sich mit einem ehemals jüdischen Unternehmen selbstständig zu machen.⁸¹

Nicht nur im Fall des Warenlagers mussten die jüdischen Veräußerer massive Preisabschläge in Kauf nehmen. Der Ermittlung des Übernahmepreises wurden häufig Einheitswerte zugrunde gelegt, die weit unter dem Verkehrswert des Objektes lagen. Insbesondere für den Verkauf von Fabrikgrundstücken war das die Regel. Auch wenn einzelne Unternehmer sich an der Preisdrückerei nicht aktiv beteiligten, dürfte ein niedriger Übernahmepreis in ihrem Interesse gelegen haben. Für Existenzgründer sank die finanzielle Hürde, sich am Markt zu etablieren. 40% der „Arisierer“ waren alteingesessene Aachener Tuchfabrikanten, die durch die preiswerte Übernahme von Anlagekapital ihre Kapazitäten erweiterten. Dies geschah jedoch nicht nur im Hinblick auf zu erwartende Rüstaufträge. So konnte die Firma Rummeny „infolge [der] Kontingentierung aller Spinnstoffe [...] weder ihre Produktions-Kapazität ausnutzen, noch den Bedarf ihrer in- und ausländischen Kundschaft erfüllen. Statt sich in dieser Situation um Partei- oder Rüstaufträge zu bemühen, hat R[ummeny] diese Produktionslücke durch Ankauf von gleichwertigen Tuchen bei Aachener und auswärtigen Fabriken gedeckt und auf dieser eigenen und fremden Basis sein Versandgeschäft weiter ausgebaut.“⁸² Durch die Übernahme der Tuchfabrik Meyerfeld & Herz erweiterte die Firma Rummeny billig vorhandene Kapazitäten und sicherte damit die Versorgungsbasis ihres Versandgeschäftes.

Neben der preisgünstigen Übernahme von Rohstoffen und Anlagekapital machte ein weiterer Aspekt „Arisierungsgeschäfte“ speziell für Unternehmer der Branche attraktiv. Durch den vertraglich festgelegten Eintritt in laufende Lieferverträge war es möglich, den eigenen Kundenstamm ohne Mehraufwand zu erweitern oder neue Kundenkreise zu erschließen.⁸³ So gelangte ein in Aachen langjährig etablierter Tuchfabrikant, bisher Teilhaber an verschiedenen Aachener Textilfabriken, durch die Übernahme der „nichtarischen“ Tuchfabrik Frank & Sonntag in Aachen in den Besitz eines eigenen Unternehmens. Da der Vorvertrag lediglich die „laufenden Abnahmeverpflichtungen, das Tuchlager sowie Maschinen und Inventarien“,⁸⁴ nicht aber die Übernahme der „äußerst umfangreichen Kundenkartei“ als Verkaufsmasse aufgeführt hatte, kam es zum Streit mit dem jüdischen Inhaber, der diese Kartei „die für ihn von grösster Wichtigkeit war, aus der Firma herausnehmen“ wollte: „Hierauf erhielt er von dem Käufer [...] einen Brief

Aachen vom 24.8.1948.

⁸¹ In drei Fällen übernahmen ehemalige leitende Mitarbeiter, in einem Fall ein langjähriger Teilhaber das Unternehmen.

⁸² HStAD OE 3011/186, Angaben Wirtschaftstreuhandler gegenüber Treuhandstelle Aachen vom 12.5.1947.

⁸³ HStAD BR 1050/911 Bl. 423, Kaufvertrag betreffend Kleiderfabrik Ludwig Montanus & Co vom 5.9.1938. „Es herrscht Einverständnis darüber, dass nur die vorhandenen Aktiven übernommen werden, die vorhandenen Debitoren aber schalten aus. [...] Dagegen tritt [...] [der Käufer, S.F.] wohl ein in die bestehenden Verträge [sic!] hinsichtlich Warenabnahme, Warenlieferung.“

[...] `Kardexkarten bleiben selbstverständlich, wie auch die übrigen laufenden Geschäftsvorgänge, bei dem Geschäftsnachfolger. Wie Sie zu der Auffassung kommen, dass ich nur den Fabrikbetrieb übernommen hätte, ist mir nach Durchsicht des massgeblichen Genehmigungsersuchens an den Regierungspräsidenten etwas schleierhaft. `Die Kartei usw. blieb natürlich, weil sie musste, bei [...] [dem Käufer, S.F.].“⁸⁵ Das zitierte Beispiel bildet unter den „arisierten“ Textilbetrieben keinen Einzelfall. Gerade kleinere Tuchfabriken, die wegen unzureichender Produktionskapazitäten und nicht wettbewerbsfähiger Preise weniger Rüstungsaufträge erhielten, konnten durch die Übernahme eingeführter Absatzstrukturen einen Geschäftsvorteil erlangen. Dass dies gerade im Exportbereich schwierig war, weil der Absatz im Ausland auch von persönlichen Kontakten des einzelnen Unternehmers abhing, wurde bald offensichtlich.⁸⁶ Bei der Firma Königsberger rechtfertigte der Käufer mit diesem Argument sogar die Minderung des Kaufpreises. So argumentierte er, dass mit der „Arisierung“ bestehende Kundenkontakte zu jüdischen Abnehmern im Ausland verloren gingen, was den Unternehmenswert insgesamt schmälern würde.⁸⁷

Neben der prekären Rohstofflage setzten auch staatliche Errichtungs- und Erweiterungsvorschriften einer Betriebserweiterung enge Grenzen. Zumindest für die Ziviltuchproduktion standen die Rohstoffzuteilungen in einem krassen Missverhältnis zu den Produktionskapazitäten. Die Sicherung der Kapazitätsauslastung war bis in die späten 1930er Jahre vordringliches unternehmenspolitisches Ziel der Aachener Textilunternehmer. Um die Auswirkungen der Rohstoffknappheit und der in Aachen besonders spürbaren Absatzkrise infolge der weltwirtschaftlichen Rezession zu mildern, hatten sich eine Reihe von Aachener Tuchfabrikanten bereits am 18.12.1933 in der Aachener Streichgarnwebergemeinschaft (Astrege) auf informeller Basis zusammengeschlossen. Der Beitritt stand prinzipiell allen Aachener Tuchfabrikanten offen, also auch den jüdischen. Die Astrege hatte zum einen den Zweck, kommissionsweise Wollen aller Art einzukaufen und diese an ihre Mitglieder weiterzuveräußern. Darüber hinaus wirkte sie als Interessenvertreterin ihrer Mitglieder bei der Beschaffung von Uniform- und Behördentuchaufträgen. Schließlich diente sie als Plattform für die gegenseitige fachmännische Beratung der Mitglieder in Produktionsfragen.⁸⁸ Dies betraf insbesondere die Umstellung der Aachener Tuchfabriken auf die Herstellung von Streichgarntextilien, die von der Astrege als Alternative zum Aachener Feintuchprogramm propagiert und vorangetrieben wurde.⁸⁹

Seit Mitte der 1930er Jahre wurden textile Rohstoffe zunehmend in die Produktion von Militärtuchen umgeschichtet. Hier kamen nun auch vermehrt Wollsurrogate zur Verarbeitung.⁹⁰

⁸⁴ HStAD BR 1050/913, Bl. 368, Schreiben an Regierungspräsident Aachen vom 6.9.1938.

⁸⁵ HStAD LA 1/38/1646, Aussage vor der Wiedergutmachungskammer am Landgericht Aachen vom 14.12.1949.

⁸⁶ HStAD BR 1050/910, Bl. 136-137, Schreiben Tuchfabrik Neuwerk W. E. Schlapp & Co. an Bezirksgruppe Rheinland der Fachgruppe Tuch- und Kleiderstoffindustrie Aachen, undatiert (März 1939).

⁸⁷ HStAD LA 1/28/1030, Aussage gegenüber Zentralamt für Vermögensverwaltung Bad Nenndorf vom 30.9.1948.

⁸⁸ Vgl. Vereinigung der Unternehmervverbände im Aachener Industriegebiet (Hg.), Die Tuch- und Kleiderstoffindustrie im Raum Aachen, Aachen 1973, S.18.

⁸⁹ HStAD BR 1050/914, Bl. 137, Schreiben an Gau- und Kreiswirtschaftsberater und IHK Aachen vom 26.9.1938.

Anders als im zivilen Bereich standen für die Rüstungsfabrikation Rohstoffe also in ausreichender Menge zur Verfügung.⁹¹ Damit verschob sich der Engpass bei Unternehmen, die Rüstungsaufträge erhielten, von den Rohstoffen hin zur Produktionskapazität, denn die Teilnahme der Aachener Tuchwebereien am Militärtuchgeschäft stand und fiel mit dem Vorprodukt Streichgarn.⁹² Die Aachener Streichgarnspinnereien arbeiteten jedoch bereits an der Kapazitätsgrenze.⁹³ Die Astrege drängte daher „im Interesse einer Sicherung der Versorgungsbasis der Aachener Webereien“ auf die Ausweitung der Spinnereikapazitäten, „um eine fristgemäße, der Preisstellung für Heerestuche angepaßte Erledigung der Heeresaufträge sicherzustellen.“⁹⁴ Eine Kapazitätsausweitung auf der vorgelagerten Produktionsstufe durch Inbetriebnahme brachliegender Spindelkapazitäten der Streichgarnspinnerei Weisweiler Textilwerke war im Verlauf des Jahres 1938 Gegenstand von Verhandlungen zwischen der IHK Aachen und den Fachgruppen der Tuchindustrie sowie den Streichgarnspinnereien gewesen. Die Aachener Streichgarnspinnereien lehnten den Vorschlag der Astrege ab, wohl in der Sorge, dass dadurch die eigene, vergleichsweise komfortable Wettbewerbsposition gefährdet würde. Ein Runderlass des Reichswirtschaftsministeriums, der die Wiedereinsetzung ruhender Streichgarnbetriebe generell verbot, machte die Initiative der Astrege obsolet. Damit war eine Ausweitung der Streichgarnspindelkapazität durch Investitionen endgültig unmöglich gemacht worden, und das Augenmerk der Beteiligten konzentrierte sich nunmehr auf die zur „Arisierung“ anstehende Streichgarnspinnerei Schönbrunn & Peters.

Dass diese „Arisierung“ bei den örtlichen Textilunternehmen Begehrlichkeiten weckte, lag einerseits an der wirtschaftlicher Bedeutung des Unternehmens, das mit 5.000 Spindeln sowie 400 Zwirnspindeln zu den größeren Betrieben Westdeutschlands zählte.⁹⁵ Doch ging es den Tuchfabrikanten wohl nicht allein um die Verbesserung der Versorgungsgrundlage bei Streichgarnen, sonst hätten die ursprünglichen Übernahmemodalitäten kaum eine massive Intervention auf Seiten der Aachener Tuchfabrikanten provoziert. Der Alleininhaber der Spinnerei war mit dem Vertreter der Aktienspinnerei Aachen in einem Vorvertrag (27.9.1938) übereingekommen, das Unternehmen „für Rechnung einer zu gründenden Gesellschaft“ zu verkaufen.⁹⁶ Die Vertragsverhandlungen blieben den örtlichen Tuchfabrikanten nicht lange verborgen, denn etwa zur selben Zeit (26.9.1938) wandten sich zwei Mitglieder der Astrege an die Wirtschaftsstellen

⁹⁰ HStAD PB 1065, Lagebericht für die Monate Oktober und November 1937.

⁹¹ Der Anteil der zivilen Tuchproduktion lag Ende 1936 noch immer bei rund 80% des Gesamtumsatzes der örtlichen Tuchindustrie. HStAD PB 1066, Lagebericht für die Monate November und Dezember 1936.

⁹² Aufgrund der geringen Beteiligung der Aachener Textilbetriebe an Behördentuchaufträgen war der Bedarf an Streichgarnen Anfang der 1930er Jahre vergleichsweise gering, so dass die Zahl der Streichgarnspinnereien im Aachener Raum stark zurückging. Als die Nachfrage nach Streichgarnprodukten im Zuge der Aufrüstung zunahm, gerieten die mehrheitlich einstufigen Webereien in stärkere Abhängigkeit zu den fünf verbliebenen Streichgarnspinnereien. Vgl. Arbeitsamt Aachen, Wirtschaftsstruktur, S. 39.

⁹³ HStAD PB 1067, Lagebericht für die Monate Juni und Juli 1937.

⁹⁴ HStAD BR 1050/914, Bl. 198-202, Stellungnahme IHK Aachen gegenüber Regierungspräsident Aachen vom 11.11.1938.

⁹⁵ Adreßbuch der Wollen- und Baumwollen-Industrie 1939.

der NSDAP und an die IHK, um gegen den Erwerb durch die Aktienspinnerei zu intervenieren: „Es kann nach Ansicht der Unterzeichneten nicht erwünscht sein, wenn der schon mehrere einstufige Streichgarnbetriebe beherrschende Spinnerkonzern der Aktienspinnerei Aachen auch noch den letzten in Aachen freiwerdenden Spinnereibetrieb unter seinen Einfluß bekommt, ganz gleich, ob die Konzernierung organisatorisch offen zum Ausdruck kommt oder nicht.“⁹⁷ Man bemühte sich offensichtlich, die offizielle wirtschaftspolitische Linie zu bedienen, wonach eine Konzernbildung in der Industrie im Zuge von „Arisierungen“ unerwünscht und deshalb zu verhindern sei. Die Argumentation der Aachener Tuchfabrikanten erweist sich indessen als vordergründig, denn die Aktienspinnerei hatte den Webereien der Astrege in den Vorverhandlungen immerhin eine 50%ige Beteiligung an der „arisierten“ Spinnerei angeboten, was diese jedoch ablehnten.⁹⁸ Auch hätte die „Arisierung“ der Firma Schönbrunn & Peters nicht automatisch eine Verringerung der verfügbaren Spindelkapazität zur Folge gehabt, da deren Garnproduktion den Webereien wie bisher zum Ankauf zur Verfügung stand, wenngleich aufgrund der veränderten Marktposition der Aktienspinnerei möglicherweise mit höheren Bezugspreisen zu rechnen gewesen wäre. Der Vertreter der Aktienspinnerei zeigte sich sogar bereit, „den örtlichen Webereien aus einer etwa aufzunehmenden zweiten Schicht Garn für die Militärtextillieferungen zur Verfügung zu stellen.“⁹⁹ Er tat dies wohl, um die Einwände der Aachener Tuchfabrikanten zu zerstreuen.

Die Tuchfabriken schlugen jedoch alle Angebote der Aktienspinnerei aus. Dies zeigt, dass es ihnen darum ging, auf dem Wege der „Arisierung“ die ausschließliche Kontrolle über die vorgelagerte Produktionsstufe zu erlangen und so ihre eigene Wettbewerbsposition zu verbessern. Die Tuchfabrikanten machten gar keinen Hehl daraus, „dass sie als einstufige Betriebe ausserordentlich interessiert sind an der Sicherung ihrer Zweistufigkeit durch den Erwerb der Firma Schönbrunn & Peters.“ Da dies den gesetzlichen Vorschriften widersprach, bemühte man sich, die Vorteile der Mehrstufigkeit für die Behördentuchproduktion hervorzuheben: „Wie den Adressaten dieses Schreibens bekannt ist, hat die langjährige Aufbauarbeit der Aachener Streichgarnweber-Gemeinschaft zu einer Verbreiterung des Produktionsprogramms in der Aachener einstufigen Tuchweberei in Richtung auf Streichgarntuche besonders für die Behörden geführt. Diese Entwicklung [...] hat [...] eine deutlich spürbare Hemmung erfahren, dadurch

⁹⁶ HStAD BR 1050/914, Bl. 142, Zusatzvereinbarung zum notariellen Kaufvertrag vom 27.9.1938.

⁹⁷ HStAD BR 1050/914, Bl. 137, Schreiben an Gau- und Kreiswirtschaftsberater u. IHK Aachen vom 26.9.1938.

⁹⁸ HStAD BR 1050/914, Bl. 205, Schreiben Gauwirtschaftsberater an Regierungspräsident Aachen vom 15.10.1938 sowie HStAD BR 1050/914, Bl. 137-139, Ablehnung des Angebotes im Schreiben an Gauwirtschaftsberater vom 26.9.1938.

⁹⁹ HStAD BR 1050/914, Bl. 205, Schreiben Gauwirtschaftsberater an Regierungspräsident Aachen vom 15.11.1938.

dass die uns zur Verfügung stehende Spindelzahl bei den grossen Behördenaufträgen dieses Jahres nicht ausreicht. Unsere Betriebe sind daher im Interesse der prompten Ausführung ihrer Behördenaufträge und der stetigen Weiterbeschäftigung ihrer Webereibegleitschaft an der Vergrösserung ihrer Versorgungsgrundlage in dem hierfür in Betracht kommenden Vorprodukt Streichgarn dringend interessiert. Auf lange Sicht ist dieses Interesse noch grösser, weil nach dem stossartig lebhaften Behördentuchgeschäft in absehbarer Zeit wieder eine Verringerung der Lieferantenzahl der Behörden eintreten wird. Hierbei werden zunächst die einstufigen Webereibetriebe ausgeschaltet werden, während zweistufige Aussicht haben, auch in Zukunft Lieferanten der Behörden zu bleiben. Es besteht also ein vitales Interesse an der Sicherung einer gesunden zweistufigen Grundlage für die nahe und besonders für die ferne Zukunft.¹⁰⁰ Die Aachener Webereien zogen nun alle Register, um ihre Beteiligung an der „Arisierung“ der Streichgarnspinnerei durchzusetzen. Einer der beiden Astrege-Mitglieder, der in einflussreichen Gremien vertreten war, nutzte seine Verbindungen, um seine und die Interessen der Aachener Tuchweber durchzusetzen. Dabei schreckte er vor einer Denunziation angeblicher Machenschaften der Aktienspinnerei nicht zurück.¹⁰¹ Man erreichte schließlich, dass die „Arisierung“ der Streichgarnspinnerei Schönbrunn & Peters unter der Auflage genehmigt wurde, fünf einstufige Webereien mit insgesamt 50% Gesellschaftskapital an der neuen Firma zu beteiligen. Damit hatten die Webereien freilich nur einen Pyrrhus-Sieg errungen, denn „auf Veranlassung der Bezirksfachgruppe mußten diese Firmen ihre Anteile an die Aachener Streichgarnwebergemeinschaft käuflich abtreten. Die Astrege nahm eine Stückelung der Anteile vor und verteilte sie auf ihre Mitglieder, so dass heute fast alle Aachener Tuchfabriken, soweit sie Mitglieder der Astrege waren, Anteile besitzen.“¹⁰²

Da bei „Arisierungen“ von Industrieunternehmen in der Regel ein – wenn auch noch so niedriger – Preis bezahlt wurde, lag diesen letztlich eine Investitionsentscheidung zugrunde. Dass die „Arisierung“ von Textilunternehmen in Aachen erst vergleichsweise spät und dann in erster Linie durch die lokale Branchenkonkurrenz erfolgte, hängt nicht nur mit der Veränderung der staatlichen Rahmenbedingungen zusammen. Die späteren Erwerber dürften in den frühen 1930er Jahren kaum auf eine Übernahme jüdischer Konkurrenten spekuliert haben; dafür war in den Anfangsjahren des „Dritten Reiches“ zu wenig flüssiges Kapital, speziell in der strukturschwachen Textilindustrie, in Umlauf.¹⁰³ Auch sprachen die erwähnten Schwierigkeiten bei Beschaffung und Absatz gegen Investitionen in diesem regionalen Sektor. Erst mit den ab 1935 zögerlich einsetzenden Rüstungsaufträgen verbesserte sich die angespannte Ertragssituation der Branche,

¹⁰⁰ HStAD BR 1050/914, Bl. 137 (wie Anmerkung 76)

¹⁰¹ HStAD BR 1050/914, Bl. 208 sowie 209-212, Vertrauliche Schreiben an Regierungspräsident Aachen vom 26.11.1938 und vom 28.11.1938.

¹⁰² HStAD LA 1/385/13311, Schreiben des Treuhänders an Wiedergutmachungsstelle Aachen vom 28.10.1948.

¹⁰³ Einen Hinweis gibt die für die Rentabilität der Textilindustrie ausschlaggebende Spinn- und Webmarge, d.h. der Preisunterschied zwischen den Beschaffungskosten und dem erzielten Verkaufspreis. Beide Margen nahmen 1929 einen Tiefststand an. Vgl. Hagemann, Die deutsche Textilindustrie, in: Karl C. Thalheim (Hg.), Wirtschaftsjahrbuch für Industrie und Handel des Deutschen Reiches und der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, Jg. 1929/30, Leipzig 1930, S. 456, 458.

was zu den finanziellen Voraussetzungen für die „Arisierungen“ beigetragen haben mag.¹⁰⁴ Eine ab 1937 auch in Aachen spürbare Rüstungskonjunktur verbesserte die Absatzerwartungen für die Zukunft, was die Investitionsneigung verstärkte. Es überrascht daher nicht, dass viele der „arisierenden“ Textilunternehmen in das Geschäft mit Wehrmachtstuchen eingebunden waren.¹⁰⁵ Allerdings war das Wehrmachtstuchgeschäft nur eine mögliche Alternative, um den Umsatz trotz schwieriger Verhältnisse zu steigern, wie am Beispiel der Firma Rummeny deutlich wird.¹⁰⁶ Infolge des zunächst latenten, später offenen Verkaufszwanges sank der Verkaufswert der „Arisierungsobjekte“ beträchtlich. Der finanzielle Aufwand verminderte sich entsprechend, was den Anreiz erhöhte, ein jüdisches Unternehmen günstig zu erwerben. Dem stand aber wohl ein gewisser Kapitalmangel auf Seiten der „arisierenden“ Aachener Firmen entgegen. Die relative Häufigkeit von „Arisierungsfällen“, bei denen das Kapital der jüdischen Gesellschafter auch nach deren Ausscheiden im Betrieb verblieb, deutet darauf hin.¹⁰⁷ Über die Herkunft des Übernahmekapitals ist wenig bekannt. Nur in Ausnahmefällen liegen Angaben darüber vor, ob die vereinbarten Kaufpreistraten durch Kreditaufnahme oder aus eigenen Kapitalreserven

¹⁰⁴ HStAD PB 1029. In den Lageberichten werden Rüstungsaufträge erstmals im Juni 1935 erwähnt, allerdings ohne Angabe der Auftragshöhe. Auch wenn das Auftragsvolumen in der Folgezeit merklich zunahm, machten Wehrmachtsaufträge nur einen kleinen Teil des gesamten Auftragsbestandes der Tuchindustrie aus. Siehe hierzu: HStAD PB 1066, Niederschrift über Sitzung der Bezirksgruppe Rheinland der Fachgruppe Tuch- und Kleiderstoffe in der IHK Aachen am 27. I. 1937, datiert vom 2.2.1937. „So wird auch im Beschaffungsjahr 1937, das an sich sehr grosse Behördenaufträge bringt, [...] nicht mehr als 15-20% des gesamten Umsatzes der Industrie durch Behördenaufträge gesichert werden können. Auch in den zum Behördentuchgeschäft zugelassenen Betrieben bedeutet dieser Fabrikationszweig nicht etwa eine garantierte Vollbeschäftigung [...]“

¹⁰⁵ HStAD PB 1065, Aufstellung über Zeitpunkt und Höhe von Auftragsvergaben der Luftwaffe im Jahr 1936 an Aachener Tuchfabriken vom 14.12.1936. Aufgeführt sind u.a. die Firmen G.H. & J. Croon, Dechamps & Drouven und Goblet & Korreng. Vgl. auch die Festschrift 75 Jahre Tuchfabrik Croon. „1934 hatten wir eine besondere Belebung durch die Herstellung von über 65 000 Meter DAF Ware für den Festanzug. [...], außerdem nahmen wir in erheblichem Umfang an den Lieferungen für die Behörden teil.“

¹⁰⁶ HStAD OE 3011/186, Angaben des Wirtschaftstreuhänders zur Ertragslage der Fa. Rummeny gegenüber der Treuhandstelle Aachen am 12.5.1947. „[...] von 1925 bis 1935 hatte sich das Gesellschaftskapital aus laufenden Gewinnen [...] um mehr als das Zweihundertfache erhöht. [...] Die [...] 1935 ausgewiesene Kapitalstärke ist in den Jahren 1927 bis 1933 als stille Reserve gebildet gewesen.“

¹⁰⁷ In vier der 20 untersuchten Fälle sah der Übernahmevertrag die Beibehaltung einer 24%igen Kommanditeinlage des bisherigen Gesellschafters vor, der auf Veranlassung des Gauwirtschaftsberaters als unkündbares und kaum verzinstes Darlehen gewährt wurde.

finanziert wurden.¹⁰⁸ Umgekehrt fand sich bei dem „Arisierungsverkauf“ der Firma Königsberger unter den lokalen Tuchfabrikanten offenbar kein Bewerber, der die nötigen Mittel zur Zahlung des Kaufpreises aufbringen konnte. Nachdem die Firma Königsberger durch den ehemaligen technischen Leiter und einen auswärtigen Kapitalgeber „arisiert“ worden war, nahm man, „da diese bedeutende Firma eine energische Persönlichkeit für die kaufmännische Leitung benötigte“, 1941 einen weiteren Teilhaber auf. Dieser „war zweiter Leiter der Firma Deutsche Wollenwaren Manufactur, Grünberg/ Schlesien gewesen, eines grossen Konzerns mit mehr als 2000 Arbeitern, der von der NSDAP finanziert [...] und betrieben wurde. Als Beweis hierfür mag zweckdienlich sein, [...], dass das Werk `die Goldene Fahne´ der Deutschen Arbeitsfront erhielt und alle möglichen Partei-Persönlichkeiten, wie der Gauleiter von Schlesien und sogar Dr. Ley, der Leiter der Deutschen Arbeitsfront [...] häufige Besucher waren.“¹⁰⁹ Nach Aussage der Sekretärin, die von 1937 bis 1944 für die Firma Königsberger bzw. spätere Firma Meissner gearbeitet hatte, glich der spätere Gesellschafter seine mangelnden fachlichen und persönlichen Qualifikationen durch die enge Parteibindung aus. Seinem Freund und Kollegen, der als Parteigenosse ebenfalls über beste Kontakte zur NSDAP und zu anderen NS-Organisationen in Schlesien verfügte, wurde der Eintritt als persönlich haftender Gesellschafter zunächst ohne Zahlung einer Kapitaleinlage zugebilligt.¹¹⁰

Die Zahl auswärtiger Bewerber blieb bei der „Arisierung“ jüdischer Textilbetriebe in Aachen gering.¹¹¹ Welchen Einfluss die lokalen Tuchfabrikanten im Vorfeld auf informellem Wege nahmen, um ihre Interessen gegen auswärtige Konkurrenten bei der Übernahme von „Arisierungsobjekten“ geltend zu machen, ist aus der Rückschau nicht mehr zu ermitteln. Die insgesamt prekäre Situation der Aachener Textilindustrie mag den Einstieg für reine Kapitalinvestoren, die nicht aus der Branche kamen und keinerlei Marktkenntnisse hatten, allerdings wenig attraktiv gemacht haben, zumal die mittelständische Struktur der Branche eine enge Verknüpfung von Eigentümer und

¹⁰⁸ HStAD BR 1050/913, Bl. 367, Angabe gegenüber Regierungspräsident Aachen vom 14.9.1938: die „Arisierung“ der Firma Frank & Sonntag durch den Teilhaber der Tuchfabrik Goblet & Korreng wurde aus Eigenmitteln finanziert. Siehe auch HStAD OE 3011/186, Angaben Wirtschaftstreuhandler gegenüber Treuhandstelle Aachen vom 12.5.1947, wonach die Firma Rummeny „trotz ihrer Kapitalstärke, [...] diese Übernahme durch Aufnahme eines langfristigen Hypothekar-Kredites [...] bei der Deutschen Industrie Bank Berlin“ finanzierte. Zur Unterstützung mittelständischer Käufer jüdischer Textilbetriebe vergab die Adefa Bürgschaften und Kredite. Vgl. Hans Wagner, Die Überführung jüdischer Betriebe in deutschen Besitz, unter Berücksichtigung der Verhältnisse in Baden, Diss. Heidelberg 1941, S. 215ff. Ob dies auch in Aachen der Fall war, geht aus den Quellen nicht hervor.

¹⁰⁹ HStAD LA 1/28/1030, Bd. 2, Aussage gegenüber Property Control Branch, Land Nordrhein-Westfalen, Headquarter Düsseldorf vom 12.3.1949.

¹¹⁰ HStAD LA 1/28/1030, Bd. 1, Aussage gegenüber Wiedergutmachungsstelle Aachen vom 17.2.1949.

¹¹¹ Gerade in der Industrie gibt es zahlreiche Beispiele, in denen mittelständische Unternehmer, aber auch Großindustrielle die Gelegenheit genutzt haben, um über regionale oder Branchengrenzen hinaus zu expandieren. Stellvertretend ist das Beispiel der Lederindustrie und hier besonders die „Arisierungen“ des mittelständischen Lederunternehmers Carl Kaess zu nennen, der 17 jüdische Firmen als Inhaber oder Mitinhaber übernahm. Es handelte sich u.a. um Brauereien sowie um zwei Textilbetriebe in Mähren. Vgl. Petra Bräutigam, Mittelständische Unternehmer im Nationalsozialismus: Wirtschaftliche Entwicklungen und soziale Verhaltensweisen in der Schuh- und Lederindustrie Badens und Württembergs, München 1997, S. 309-326.

Betriebsführer gleichsam voraussetzte. Der eher geringe Anreiz, in die Aachener Textilindustrie zu investieren, kommt auch darin zum Ausdruck, dass überschüssiges Kapital stattdessen für „Arisierungen“ in anderen Städten aufgewendet wurde. So nutzte ein alteingesessener Aachener Textilunternehmer, der die Tuchfabrik Gebr. Hirtz samt zugehörigen Grundstücken und Betriebskapital von seinem Adoptivvater geschenkt bekommen hatte, „Barbeträge [die] für den Betrieb nicht dauernd erforderlich waren, [...] auf Wunsch der Fachgruppe Textil, [um] dazu beizutragen, die Firma Gebrüder Heine, Leipzig, in arische Hände zu überführen.“¹¹²

V Die Folgen der „Arisierungen“ in der Aachener Textilindustrie

Während im Einzelhandel die Liquidierung jüdischer Geschäfte weit verbreitet war, kamen die Textilindustriebetriebe Aachens ohne Ausnahme zur „Arisierung“. Auch der mancherorts verbreitete Ankauf von jüdischen Konkurrenzbetrieben mit dem Ziel, diese später stillzulegen, lässt sich für Aachen nicht belegen. Die Motivation jüdische Textilfirmen zu übernehmen war vielmehr so stark, dass selbst in Liquidation befindliche Betriebe „arisiert“ und fortgeführt wurden.¹¹³ Die Gesamtzahl der Unternehmen und damit die lokale Marktstruktur blieben unverändert, eine Konzentration im makroökonomischen Sinn lässt sich in der Aachener Textilindustrie also nicht nachweisen. Als Ergebnis der „Arisierungen“ ist vielmehr eine signifikante Vermögensverschiebung von der jüdischen zur nichtjüdischen Unternehmerschaft zu konstatieren. Unter den „arisierenden“ Unternehmern hielten sich etablierte Aachener Textilunternehmer (sieben) und heimische bzw. auswärtige Existenzgründer (je vier) als Profiteure annähernd die Waage. Das in den Listen zur Anmeldung jüdischen Vermögens aufgeführte Betriebsvermögen der jüdischen Textilunternehmer summierte sich auf mindestens 6.193.286,- RM. Hinzu kommen Grundstücksvermögen von mindestens 11.379.271,- RM. Betrachtet man dagegen den kumulierten Wert der tatsächlich bezahlten Kaufpreise in Höhe von mindestens 4.373.056,- RM, so zeigt sich die Dimension des unmittelbaren „Arisierungsgewinns“.¹¹⁴

¹¹² HStAD BR 1050/912, Bl. 22, Schreiben an Regierungspräsident Aachen vom 19.7.1938.

¹¹³ HStAD, BR 1050/912, Bl. 6-9, Notarieller Kaufvertrag vom 7.9.1938. Die Tuchfabrik Grüneberg & Cie. i. L. wurde durch einen lokalen Tuchfabrikanten „arisiert“ und unter dem neuen Namen Tuchfabrik Hans Drouven fortgeführt.

¹¹⁴ Als wenig erfolgreich erwies sich der Versuch, die bei „Arisierungsgeschäften“ anfallenden Gewinne privater Erwerber über eine reichsweite „Entjundungsgewinnsteuer“ abzuschöpfen. Gemäß der Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens sollten die Genehmigungsbehörden bei „Arisierungen“ eine Abgabe zugunsten des Reiches erheben, deren Höhe bei 70% des Differenzbetrages zwischen dem offiziellen Schätzwert und dem gezahlten Kaufpreis veranschlagt wurde. Da die Bestimmung nicht rückwirkend galt, erfasste sie nur noch einen Bruchteil der im Jahre 1938 abgewickelten „Arisierungen“. Selbst die von Göring erlassene Verordnung über die Nachprüfung von Entjundungsgeschäften vom 10.6.1940, die rückwirkend eine Ausgleichsabgabe für alle Erwerber von „Arisierungsobjekten“ vorschrieb, welche seit 30.1.1933 durch solche Geschäfte einen unangemessenen Vermögensvorteil erzielt hatten, erbrachte lediglich Einnahmen in Höhe von circa 50 Millionen Reichsmark. Vgl. Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg, S. 279f. Für Aachen gibt es in den verwendeten Akten keine Hinweise auf die Effizienz dieser Steuer. Auskunft könnten möglicherweise Steuerakten der Oberfinanzdirektion Köln geben, die aufgrund der 99-jährigen Sperrfrist nicht einsehbar waren.

Die Textilindustrie im Regierungsbezirk Aachen beschäftigte vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 21.861 Personen, davon arbeiteten allein rund 9.300 in der Aachener Tuchindustrie. Mit rund 5.000 Webstühlen und 109.000 Spindeln verfügte die Aachen-Dürener Tuchindustrie über ein annähernd gleich hohes Produktionspotential wie 1927.¹¹⁵ 49 Textilunternehmen, die bis 1939 stillgelegt und zur Räumung vorbereitet worden waren, wurden mit Beginn des Zweiten Weltkrieges unter maßgeblicher Einflussnahme der Astrege für Heerestuchaufträge reaktiviert. Insgesamt 53 Aachener Tuchfabriken nahmen am Wehrmachtstuchgeschäft teil.¹¹⁶ Allerdings wurden diese Fertigungsaufträge bereits um 1940 in die besetzten Gebiete Nordfrankreichs, Belgiens und der Niederlande verlagert. Zugleich erfolgten auch im Aachener Raum eine Reihe von Betriebsstillegungen mit dem Ziel, Arbeitskräfte und Energieträger auf kriegswichtige Produktionen und Betriebe zu konzentrieren. Auch zwei der vormals „arisierten“ Unternehmen waren von der Stillegungsaktion betroffen.¹¹⁷

VI Fazit

Die Aachener Textilindustrie unterlag in den 1930er Jahren vielfältigen technischen und ökonomischen Funktionszwängen. Die Bewirtschaftung textiler Rohstoffe, aber auch die staatliche Produktionsreglementierung setzten dem unternehmerischen Gestaltungsspielraum enge Grenzen. Für jüdische Unternehmer kam der Druck von politischer Seite erschwerend hinzu. Gleichwohl konnten die lokalen Textilfabrikanten verbliebene Freiheitsgrade erfolgreich nutzen und so begrenzt am allgemeinen Konjunkturaufschwung teilnehmen. Politische Initiativen schufen seit dem Frühjahr 1938 die Rahmenbedingungen für eine forcierte „Arisierung“. Die Mehrzahl der „arisierenden“ Textilunternehmer können wohl zurecht als „stille Teilhaber“¹¹⁸ dieser Politik charakterisiert werden. Sie nahmen die günstige Gelegenheit wahr, ihr wirtschaftliches Fortkommen auf Kosten jüdischer Konkurrenten zu sichern. Verkaufserlöse und sonstige Vermögenswerte wurden auch in Aachen über Steuern, Zwangsabgaben und Devisentransferbestimmungen fast vollständig konfisziert, so dass den meisten auswanderungswilligen jüdischen Textilunternehmern oft wenig mehr als das bloße Leben und die Fahrkarte für die Überfahrt ins Ausland blieb.

¹¹⁵ Bruckner, Tuchindustrie, S. 73.

¹¹⁶ Hans-Karl Rouette, Aachener Textilgeschichte(n) im 19. und 20. Jahrhundert, Aachen 1992, S. 197.

¹¹⁷ HStAD LA 1/561/13546, Declaration by present owner or custodian of property which has been subject to transfer in accordance with paragraph 1 of the general order no. 10: die Tuchfabrik B. Th. Vonachten wurde am 31.10.1941 liquidiert. HStAD OE 3011/186, Angaben Wirtschaftstreuhänder gegenüber Treuhandstelle vom 12.5.1947: die Tuchfabrik Meyerfeld & Herz wurde „sofort nach Ausbruch des Krieges“ geschlossen.

¹¹⁸ Avraham Barkai, Die deutschen Unternehmer und die Judenpolitik im „Dritten Reich“, in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989), S. 228.